

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 172 SONNTAG, 27. Sept. 1936

Aus dem Inhalt:  
Der Selbstschutz der Freiheit  
Die Schande der  
Rassenschandeprozesse  
Völkerbund ohne Ansehen  
Der Fortschritt des Hungers

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# „Gebt uns Brot und nicht Paraden!“

## Zugespitzte Stimmung in Deutsch-Oberschlesien

Von der Beuthener Grenze wird uns geschrieben:

Besucher aus dem ober-schlesischen Industriebezirk, die nach den polnischen Nachbarorten kommen, um sich im Rahmen der Zollvorschriften mit Nahrungsmitteln zu versorgen, berichten übereinstimmend, daß sich die Stimmung der Bevölkerung in sehr unterschiedlicher Weise gegen die Nazis wendet. Ob in Gesprächen in vertrauten Kreisen oder öffentlichen Unterhaltungen, es wird betont, daß der Nürnberger Parteitag einer Kriegserklärung gleich komme und daß man wohl in aller nächster Zeit wird daran glauben müssen, eines Morgens sich im Kriegszustand zu befinden, denn alle Vorbereitungen lassen diese Möglichkeit allein zu.

In den letzten Tagen ist in den Industrieorten ein so großer Nahrungsmittelmangel zu verzeichnen, daß es auf den Wochenmärkten in Gleiwitz und Hindenburg zu Zusammenrottungen von Frauen kam, die sehr heftig die heutigen Zustände kritisierten und offen gegenüber der Polizei erklärten, man soll doch endlich »Brot statt der Paraden« geben.

Bei der polizeilichen Intervention in Hindenburg waren die Frauen nicht zu bewegen, die Stände der Fleischer zu verlassen und richteten an die Marktbeamten die Frage, »ob denn das noch zu fressen sei, was man für so teures Geld erhalte«. Die Polizei versuchte es mit Einschüchternungen und schließlich verlegte man sich aufs Bitten, denn man könne doch selbst nichts dafür, man leide doch auch darunter, daß es nichts gibt. In Gleiwitz nahm man am Markt einige Frauen fest, als bei den Fleischerständen gegen 9 keine Ware mehr zu haben war, führte Frauen aber nicht zur Polizei ab, sondern ließ sie auf der Straße laufen.

Bezeichnend sind Unterhaltungen mit Arbeiterfrauen, die offen zum Ausdruck bringen, daß jetzt »die Männer ganz feige Hunde« sind, »die sich von ein paar Gaunern« alles gefallen lassen. Bemerkenswert ist, daß der Nahrungsmittelmangel nicht auf Butter, Fette, Speck, Margarine und alle Fleischsorten beschränkt ist, sondern auch zuweilen schon Kartoffel und Mehl ausbleiben, was hier natürlich zu den verschiedensten Gerichten Anlaß gibt. In Beuthen haben einige Fleischer ihre Läden geschlossen, worauf sie polizeilich aufgefordert wurden, die Läden wieder zu öffnen und das Publikum zu belehren, daß der Fleischmangel nur vorübergehend ist und man wahrscheinlich schon nachmittags Waren zum Verkauf haben werde.

Aber auch hier setzt die Kritik ein, »denn auch ihr schwindelt schon, so wie die da oben! Das sind nicht Einzelstimmen, die hier im Grenzstreifen Beuthen-Königschüttel erzählt werden, sondern die »Einkäufer« aus Deutsch-Oberschlesien machen auch ihrem Herzen Luft und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Geschichte doch nicht mehr so lange dauern kann.

Aus einigen Grubenanlagen im Beuthener und Hindenburg Bezirk erreicht uns die Nachricht, daß die Belegschaften in der Arbeit bereits sich sehr offen über den Mangel an Nahrungsmitteln unterhalten und ihre Wünsche dahin zum Ausdruck bringen, daß man endlich den Vertrauensräten sagen muß, »daß sie nicht nur mit der Betriebsleitung verhandeln, sondern handeln sollen. Man hat auch aus der Belegschaft Delegationen, teils an die Direktionen der Gruben, teils auch an die Vertrauensräte geschickt und ersucht, daß sich die Verwaltungen um Zusatzkarten für Fette und Fleisch bemühen sollen, denn

bei diesem Hunger könne man unmöglich die Leistungen vollbringen, die die Betriebsleitungen von der Belegschaft fordert. Es kommt oft vor, daß die Bergleute am Vorort den befahrenden Beamten die trockenen Brotschnitten zeigen und fragen, ob man statt Fett etwa das »Horst-Wurstkessellied« zubeißen soll. — Man berichtet uns aus Beamtenkreisen, daß diese Stimmungen der Belegschaften von den Beamten auch an maßgebende Kreise weitergeleitet werden und auch der Kreisleitung der Arbeitersfront in Gleiwitz mitgeteilt wurden, um auf die zugespitzte Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft aufmerksam zu machen.

Wir haben auf die Gegensätze, die zwischen den Industrieführern und der Arbeitersfront seit langem bestehen, bereits anlässlich des Ley-Besuches in Oberschlesien berichtet. Die Industrie hat tatsächlich erreicht, daß einige Radikale innerhalb der Arbeitersfront und der SA aus dem Dienst zurückgezogen wurden, was innerhalb der Arbeiterschaft mit Genugtuung begrüßt wird und den Kampfgeist stärkt.

Das mußte auch die Gleiwitzer Arbeitersfront erleben, als ihr eine Delegation der Gleiwitzer Gruben erklärte, ja, die freien Gewerkschaften, das war etwas, aber ihr hier seid ja nur Sch...kerle, die man anständig verbeten müßte.

Eine Delegation von Arbeitern ist bei der Direktion der Beuthener Grube vorstellig geworden, um den Direktor zu bitten, daß er sich um eine bessere Nahrungsmittelversorgung

bemühen solle. Darauf erhielt sie die Antwort, man habe schon alles getan, aber keine bestimmte Antwort erhalten. Man sei schon so oft von oben enttäuscht worden, daß man hinsichtlich einer besseren Versorgung keine Versprechungen an die Belegschaft machen könne. Bezeichnend ist aber, daß zugleich die Delegation gebeten wurde, von solchen Sachen nichts zu erzählen, denn dann hören die Untersuchungen und Ausfragungen gar nicht auf, auch die Belegschaften und die Verwaltung werden verdächtigt, daß sie noch nicht genügend nationalsozialistisch sind.

Auf einer anderen Schachtanlage erklärte der Betriebsleiter, man habe beim Arbeitgeberverband bereits wegen der besseren Nahrungsmittelversorgung Schritte unternommen, ob dieser aber an maßgebender Stelle etwas erreichen wird, dafür könne man sich nicht verbürgen. Einem früheren Freigewerkschafter wurde im Verlauf der Unterredung gesagt, »ja, als sie noch Betriebsrat waren, da hatten wir es alle besser, nun, »erklärte der Betriebsleiter weiter, auch diese Zeit wird wieder kommen! Alle diese Vorgänge haben immerhin den Vorteil, daß wieder jene Zeiten diskutiert werden, in denen es doch besser war und die »Roten und Schwarzen« wenigstens für das »Fressen genügend« gesorgt haben. Wiederholt kann man bei kritischen Auseinandersetzungen zwischen Beamten, Polizei und Arbeiterfrauen die Schlußbemerkung hören: »Gebt uns Brot und nicht Paraden!«

## Völkerbund ohne Ansehen

### Die moralische Krise

Die letzte Tagung des Völkerbundes hat mit einer Enthüllung seiner politischen und moralischen Schwäche geendet. Die diesmalige Tagung beginnt sofort mit der moralischen Krise. An der Frage der Zulassung der abessinischen Delegation hat sich eine Krise entzündet, die die Direktionslosigkeit und die Schwäche der englischen und der französischen Politik enthüllt. Mr. Eden und M. Delbos haben die Absicht, Abessinien aus dem Völkerbund hinauszuerwerfen. M. Delbos, der Außenminister der französischen Volksfront, ist sogar bereit, offener als Mr. Eden die Verantwortung dafür zu übernehmen. Mr. Eden ist seinerzeit ins Amt gekommen, weil der Entrüstungssturm der englischen Demokratie über den Laval-Hoare-Plan seinen Vorgänger Sir Samuel Hoare gestürzt hat, und M. Delbos ist französischer Außenminister, weil die französische Linke in langem Kampfe Laval gestürzt und den Wahlsieg vorbereitet hatte. Aber die Politik Mr. Edens ist nicht unterschieden von der Politik Sir Samuel Hoares — nur daß ihr der energische Zug fehlt, den Sir Samuel Hoare zeigte — und M. Delbos setzt die Tradition Laval fort. Warum hat die französische Volksfront Laval gestürzt, wenn ihre Außenpolitik nichts anderes ist als die Verlängerung der schlechten Seiten der Lavalpolitik?

Der Völkerbund wird an der Frage Spanien ebenso wenig vorbeikommen wie an der Frage Abessinien. Hinter diesen beiden Fragen stehen aber die großen Fragen des Prinzips und der Macht. Die großen Fragen lassen sich nicht durch diplomatische Fingerfertigkeiten, durch Verhüllungs- und Verschleppungsmanöver aus der Welt schaffen. Sie lassen immer nur die Entscheidung zwischen Kampf und

Kapitulation. Das unwürdige Spiel, das der Völkerbund unter Auflösung seiner Prinzipien und seines Prestiges mit Abessinien treibt, läßt düstere Vorahnungen zu. Wann werden Eden und Delbos finden, daß der spanische Sitz im Völkerbund nicht der Regierung, sondern den Rebellen zusteht, wann werden sie sich zu Vollziehern der Befehle und Wünsche der faschistischen Angreifer im Falle Spanien machen? Es wird auch dann nicht an realpolitischen Begründungen fehlen — ganz im Stile der Lavalpolitik. Ist nicht schon die Fiktion der Neutralitätskonvention gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg, die von Portugal mit Zynismus nicht durchgeführt wird, ein Stück, das der Lavalpolitik würdig gewesen wäre?

Was wird aus Danzig? Hier ist längst die Opportunitätspolitik der demokratischen Mächte über das Recht hinweggeschritten. Es wird diesmal keine Greisenschonungen geben, dafür aber eine Haltung des Völkerbundes, die diese Gesten nachträglich rechtfertigen wird.

Mit einem Worte: wenn die Schwäche und die Direktionslosigkeit der demokratischen Regierungen anhält, wird der Völkerbund zu einem Clearinghaus der Schande werden. Der Völkerbund kann nur das sein, was die demokratischen Regierungen sind. Wenn die demokratischen Regierungen weiter eine Politik verfolgen, die Schritt für Schritt der europäischen Gegenrevolution Raum gibt, die kleinere Verbrechen der europäischen Gegenrevolution duldet, weil sie sich vor dem großen Verbrechen fürchtet, so werden sie eines Tages erkennen, daß die vielen kleinen Verbrechen zusammen schon das große Verbrechen ausmachen — und dann wird es zu spät sein.

## Skandinavien bleibt rot

### Neue sozialdemokratische Siege in Dänemark und Schweden.

In Dänemark und Schweden haben in der letzten Woche Wahlen stattgefunden, die den weiteren ununterbrochenen Vormarsch der Sozialdemokratie bestätigen.

In Dänemark handelte es sich um die Erneuerung eines Teils der Mandate in der Ersten Kammer im Landesthing. Das Ziel der dänischen Sozialdemokratie war, durch diese Ergänzungswahlen die reaktionäre Mehrheit des Landesthing zu brechen und damit nicht nur die Widerstände im Landesthing gegen die fortschrittliche Politik der Reichstagsmehrheit zu beseitigen, sondern auch die Abschaffung des Landesthing selbst in den Weg zu leiten. Die Wahlen brachten eine eindeutige Bestätigung des sozialdemokratischen Wahlsieges bei den Reichstagswahlen im Jahre 1935. Die Sozialdemokraten gewannen 155 Wahlmänner. Auf Bornholm muß das Los entschieden, ob Bornholm in Zukunft im Landesthing durch einen Abgeordneten der Opposition oder durch einen Sozialdemokraten vertreten sein wird. Diese Auslosung wird gleichzeitig die Entscheidung darüber bringen, ob der Landesthing eine Regierungsmehrheit oder eine Mehrheit der Oppositionsparteien von einer Stimme haben wird.

Wichtiger als diese Zufallsentscheidung ist aber die Tatsache, daß das Ergebnis der Wahlen eine neue Vertrauenskundgebung des dänischen Volkes für die Regierung Stauning und für die dänische Sozialdemokratie darstellt. Vielleicht rettet das Los dem Landesthing noch für eine gewisse Frist die Existenz; aber das Kabinett Stauning wird auch in diesem Fall den Obstruktionsversuchen der Ersten Kammer mit gestärkter Autorität entgegenzutreten können.

Ueber alle Erwartungen groß ist der Sieg unserer schwedischen Genossen bei der Reichstagswahl am 20. September. Die schwedische Sozialdemokratie kehrt mit einem Gewinn von acht neuen Mandaten in den Reichstag zurück.

Ihre Fraktion zählt nunmehr 112 Abgeordnete. Sie kommt damit bei einer Gesamtzahl von 230 Abgeordneten dicht an die Grenze der absoluten Majorität. Die Kommunisten haben drei Sitze gewonnen; ihre Fraktion zählt nunmehr fünf Abgeordnete. Dazu kommen sechs Abgeordnete der sogenannten Kilbomgruppe, eine Abspaltung von den moskautreuen Kommunisten. Die alleinigen Verlierer sind die Konservativen, sie mußten 14 Mandate an die Sieger in diesem Wahlkampf abgeben.

Das schwedische Volk will die sozialdemokratische Regierung Per Albin Hansson wieder. Im Juni dieses Jahres trat das Kabinett Per Albin Hansson zurück, weil die Mehrheit des alten Reichstages die geforderte Mehrbelastung des Besitzes zur Deckung der neuen Milliardenausgaben verweigerte. Jetzt wird Per Albin Hansson die Führung der neuen Regierung übernehmen im Bewußtsein, daß die Politik der schwedischen Sozialdemokratie sich stützen kann auf das Vertrauen der großen Mehrheit des schwedischen Volkes.

In der Wirrnis unserer Zeit angesichts

# Deutsche Streiflichter

## Das Elendsheer

Dr. Robert Ley hat in seiner Nürnberger Parteitagsrede behauptet, der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters betrage 27,80 RM. Diese rein phantastische Behauptung wurde an demselben Tage durch den Pg. Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, schon etwas berichtigt, denn er sagte, etwa die Hälfte der Arbeiter verdienten bis zu 24 RM. Genau ist es so, daß laut den Beiträgen zur Invaliden-Versicherung im Jahre 1935 nicht weniger als 55 v. H. aller Arbeiter einen Lohn bis zu 24 RM hatten. Ley errechnete nun, daß der einzelne Arbeiter für seine Ernährung 11,10 RM die Woche braucht und mithin ihm RM 16,70 zur freien Verfügung bleiben. Bemerkenswert ist dabei, daß Ley Butter schon nicht mehr in den Speisezettel des Arbeiters einsetzt, sondern ihn auf Margarine und Schmalz verweist. Berücksichtigt man, daß der unverheiratete Arbeiter mit rund 20 v. H. Abzug vom Bruttolohn zu rechnen hat = 5,55 RM und mit etwa 5 RM Miete die Woche, so reduziert sich der Betrag zur freien Verfügung schon auf 5,15 RM die Woche, wovon Kleider, Schuhe, Wäsche, Erholung und Bildung zu bestreiten sind. Nicht einmal die Ferienreise nach Madeira, zum Nordkap oder in die Bayrischen Alpen hat Dr. Ley einkalkuliert. Immerhin: gestehen wir zu, daß ein Jungeselle mit dem Leyschen »Durchschnittslohn« leidlich leben kann, vorausgesetzt, daß er zu den Glücklichen in dieser überdurchschnittlichen Lohnlage gehört.

Wie wird es aber bei einer Arbeiterfamilie, sagen wir mit nur zwei Kindern? Von den 16,70, die nach dem Leyschen Mindestmaß für Ernährung des deutschen Arbeiters für Frau und Kinder übrig bleiben, sind (bei einem Verheirateten) etwa 15 v. H. Abzüge zu subtrahieren = 4,15 RM und für die Wohnung etwa 7,50 RM die Woche. Es bleiben also 5,05 RM Rest, die nicht nur für die Ernährung von Frau und Kindern reichen sollen, sondern auch für Kleider, Schuhe, Wäsche, Heizung, Licht für die gesamte Familie, da ja auch für den Mann nur die Nahrung in dem Rezept des Herrn Ley errechnet ist. Und das alles unter der Voraussetzung eines Durchschnittslohnes, den es nicht gibt, denn nach der amtlichen Statistik blieben rund 65 v. H. der deutschen Arbeiter unter dem Lohne von 27,80 RM die Woche! An diese Familien, insbesondere die kinderreichen, kann man nur mit Grauen denken. Gerade wenn man die bescheidenen Ernährungskosten zugrunde legt, die Ley für den einzelnen Arbeiter berechnet, kommt man zu dem Ergebnis, daß zwei Drittel der deutschen Arbeiterfamilien weit unter dem von Ley als notwendig bezeichneten Lebensstandard sich bewegen und zum großen Teile hungern! Der Präsident der Deutschen Arbeitsfront selbst macht diese furchtbare Rechnung auf, und er bringt keinen Pfennig

Lohnerhöhung von Nürnberg zurück, sondern nur einen Vierjahresplan, der zur Bewaffnung der hitlerdeutschen Gewaltpolitik noch mehr Darben androht.

Außer der Leyschen Rede liegt noch ein anderer Beweis für das Elendsdasein der Arbeiter vor — trotz der staatlichen Rüstungskonjunktur. Seit einiger Zeit häufen sich fristlose Entlassungen wegen »Urlaubsmissbrauch«. Das ist der arbeitsgerichtliche Ausdruck für die Tatsache, daß viele Arbeiter ihre paar Tage jährlichen Urlaub nicht zur Erholung benutzen, sondern zu irgendwelcher Arbeit, um sich einen Zwanzigmarkschein für dringend notwendige Anschaffungen dazu zu verdienen. Der Reichsarbeitsminister hat sich in einem amtlichen Rundschreiben nicht etwa gegen diesen »Urlaubsmissbrauch« gewandt, der bei den Hungerlöhnen unvermeidlich ist, sondern dagegen, daß aus dieser Urlaubsarbeit ein Grund zur Entlassung hergeleitet wird. Die Lebenslage der deutschen Arbeiter nähert sich rapid der in den Weltkriegszeiten. Wenn damals die Urlaubler, die für 10 oder 14 Tage der Fronthölle entronnen waren, die Not in ihrer Familie daheim sahen, gingen sie die paar Urlaubstage in die Rüstungsbetriebe arbeiten, statt sich ihrer Familie zu freuen und sich etwas auszuruhen. Jetzt ist man wieder so weit; und da schwindelt dieser Ley die Welt an, das Leben des deutschen Arbeiters sei reich und schön geworden, und parlamentarische Mumien wie Lloyd George scheinen es ihm zu glauben. Die Wahrheit ist, daß das Dritte Reich schon vor dem Ausbruch des Krieges, für den es fleißig rüstet, den Hunger im Lande hat.

## Hitlers Streicher

Die Zurückhaltung, die sich der Duxbruder des deutschen Staatsoberhauptes und Allerhöchsten Kriegsherrn während der Olympiawochen auferlegt hat, ist vorüber. Eine große »Stürmer«-Kampagne hat eingesetzt. Das Reich wird mit rotgedruckten Flugblättern überschwemmt, die eine Sondernummer »Weltverschwörer« ankündigt. Es scheint fast, als sei die Redaktion dieser Ausgabe nicht von Streicher, sondern von Herrn Adolf Hitler persönlich besorgt. Nicht nur weil der einstweilige Führer der Deutschen als Kronzeuge für die Echtheit der Protokolle der Weisen von Zion angerufen wird, die ein Schweizer Gericht als elende Schundliteratur gekennzeichnet hat, sondern auch weil diese »Stürmer«-Nummer ganz und gar in der Sprache Hitlers und seiner Paladine von Nürnberg gehalten ist. Die Juden, geführt durch die Weisen von Zion, sind Schuld an Bürgerkriegen und Massenmorden, an brennenden Kirchen und geschändeten Nonnen, an verwüsteten Städten und zerstörten Dörfern; sie sind die Anstifter blutiger Kriege, die Urheber der Wirtschaftskatastrophen, die Schuldigen an der Arbeitslosigkeit. Wörtlich: »Der

»Stürmer« will dafür sorgen, daß das Wissen um die Protokolle der Weisen von Zion Gemeingut des deutschen Volkes wird. Er legt den Inhalt der Protokolle der nichtjüdischen Öffentlichkeit vor, und er beweist Abschnitt für Abschnitt, Kapitel für Kapitel die Echtheit dieser Protokolle. Er beweist sie an Hand der biblischen Verheißungen, an Hand der talmudischen Gesetze, an Hand der jüdischen Gebete, an Hand gefundener Dokumente und an Hand der Wirklichkeit.«

Es ist nichts und wird nie etwas werden mit einer Zivilisierung von Leuten, denen jede Voraussetzung dafür fehlt. Die Radauantisemiten bleiben, was sie immer waren, sind und sein werden. Es ist ein schöner, aber ein irriger Glaube, daß die Streichers sich ändern könnten. Und Herr Adolf Hitler selbst, auf den sich sein Duxfreund Streicher mehr denn je bezieht? Schon lange wartet die Welt, daß er endlich sich von dem zweifelhaften Lobe befreit, das ihm Streicher spendet: der »Stürmer« sei Hitlers Leibblatt. Wir fürchten, die Welt wird auf dieses Abrücken noch lange warten.

## Verpufft!

Als Machtentfaltung waren die Tage von Nürnberg ungeheuer, und so werden sie denn auf die vielen, die die Kraft und den Bestand eines Regimes nur nach dem äußeren Glanz beurteilen, vielleicht einschüchtern gewirkt haben. Geistige und moralische Eroberungen sind aber von Nürnberg nicht ausgegangen. Man hat sich übersteigert und überschrien. Das ist der weitverbreitete Eindruck. Es ist nicht zu leugnen, daß die Spießbürger aller Grade, auch jüdische, vor Nürnberg begannen, in Hitler so etwas wie das kleinere Uebel zu sehen, da er sie wenigstens vor Zuständen wie in Spanien bewahre. Dieses Beruhigungsgefühl ist durch die Nürnberger Schimpferei eher abgeschwächt als gesteigert worden. Die Demagogie gegen Rußland war selbst für deutsche Verhältnisse etwas zu massiv, ja es gibt viele Leute, die nun zu der Annahme neigen, es müsse doch eine große und gefährliche marxistische Opposition im Lande sein, wenn das Regime es für notwendig halte, den ganzen Parteitag mit dem Alarmgeschrei gegen den »Bolschewismus« zu erfüllen, der doch nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Ländern, um deren Freundschaft Hitlerdeutschland wirbt, angeblich seit Jahren erledigt ist. Viele im Reiche glauben weniger an die außenpolitischen Absichten gegen Sowjetrußland (womit sie wahrscheinlich Unrecht haben) als an die innenpolitischen Ziele dieser antibolschewistischen Offensive, und diese innenpolitische Wirkung ist sicher nicht eingetreten. Auch die gerissensten Propagandisten können irren. Nürnberg hat bewiesen, daß die Hitler und Göbbels die Maßstäbe für ihr Tun zu verlieren beginnen.

Hannes Wink.

des beispiellosen Verleumdungsfeldzuges des Faschismus aller Schattierungen gegen den Marxismus und die Demokratie sind diese glänzenden Erfolge der Sozialdemokratie in Dänemark und Schweden ein hoffnungsvoller Lichtblick. Die Volksfrontregierung Blum in Frankreich, der heldenhafte Freiheitskampf des spanischen Volkes gegen die faschistischen Rebellen und nun die sozialdemokratischen Siege in den Ländern mit alten demokratischen Traditionen, sie sind starke hoffnungsvolle Symptome einer günstigen Wendung in dem geschichtlichen Ringen zwischen Faschismus und Reaktion auf der einen und Freiheit und Sozialismus auf der anderen Seite.

## Mr. Lloyd George

Mr. Lloyd George hat Hitlerdeutschland besucht. Es hat ihm geschmeichelt, von Hitler empfangen zu werden. Er hat brav Pfötchen gemacht und sich in der Stellung des Hitlergrüßes photographieren lassen. Nun erzählt er seinen Landsleuten, wie herrlich alles in Deutschland sei und kündigt an, daß er einen ganzen journalistischen Propagandafeldzug für das Dritte Reich eröffnen werde.

Mr. Lloyd George ist der Vater des Versailler Vertrages. Von ihm stammen die phantastischen Reparationsziffern, von ihm stammt alles, was in diesem Vertrag der jungen deutschen Demokratie das Leben schwer machte, von ihm stammen die Khakiwahlen in England, die Vergiftung der Atmosphäre der ersten Nachkriegszeit. Der Mann, der durch sein unheilvolles Demagogentum die demokratische Verständigung in Europa unmöglich gemacht hat, auf dem ein gerütteltes Maß der Schuld an der europäischen Krise von heute ruht, spielt heute den Stiefelputzer Hitlers in England.

Die Fußtritte seiner braunen Gönner hat er in dankbarer Ergebenheit eingesteckt. Alfred Rosenberg hat ihn in seinem Buche »Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik« als den »berüchtigten Spekulanten mit den Marconi-Aktien« bezeichnet und hat ihm nachgesagt, »nachdem er seine Weste beschmutzt hatte, war er an die Hebräer gebunden.« Zum Danke dafür hat der ehrenwerte Mr. Lloyd George Pfötchen vor Hitler gemacht.

## Ein Sieg Ägyptens

Als »arische« anerkannt.

Die Welt, die von größeren außenpolitischen Sorgen geplagt ist, hat keine Gelegenheit gehabt, den stillen Krieg zu verfolgen, der während des letzten Sommers zwischen Ägypten und dem Dritten Reich geführt worden ist und der nun mit einem vollen Sieg Ägyptens geendet hat.

Im Juni d. J. erhielt die ägyptische Regierung Kenntnis von einem vertraulichen Rundschreiben des Reichsministeriums des Innern, durch welches die untergeordneten Behörden angewiesen wurden, die Türken als »Arier«, dagegen die Ägypter als Nichtarier zu behandeln. Sie beauftragte ihren Gesandten in Berlin, wegen dieser Angelegenheit beim Auswärtigen Amt zu intervenieren. Sie forderte eine schriftliche Erklärung, durch die das geheime Rundschreiben des Reichsinnenministeriums widerrufen wurde.

Das Auswärtige Amt krümmte sich wie ein getretener Wurm. Dreimal brachte der Gesandte seinen Protest ein, und dreimal wurde ihm mündlich beteuert, daß die Ägypter in keiner Beziehung eine schlechtere Behandlung als andere Ausländer zu befürchten bräuchten. Der Gesandte aber ließ nicht locker, sondern bestand auf schriftlichen Bescheid. Er gab zu verstehen, daß das Ausbleiben einer ausreichenden Ehrenerklärung in Ägypten den allerschlechtesten Eindruck machen würde. So ließ sich das Auswärtige Amt nach langem Hängen und Würgen dazu herbei, dem Gesandten eine Note zu übersenden, die (in Uebersetzung aus dem Englischen) folgendes besagt:

»In Beantwortung der Verbalnote vom 22. Juni 1936, Nr. 92, 4/4, beehrt sich das Reichsministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Ägyptische Gesandtschaft dahin zu verständigen, daß gegen eine evtl. Heirat zwischen einem nichtjüdischen Ägypter und einer nichtjüdischen deutschen Staatsangehörigen Bedenken irgendwelcher Art nicht bestehen. Die rechtlichen Wirkungen einer solchen Mischehe sind im Gesetz festgelegt. Eine nichtjüdische ägyptische Frau wird ebenso bewertet und behandelt wie eine Frau irgend einer anderen Nationalität.«

Der deutsch-ägyptische Konflikt ist also mit einem vollen Sieg Ägyptens beendet. Der Konflikt zwischen dem schmutzigen Rassenblödsinn der NSDAP und den außenpolitischen Interessen des deutschen Volkes besteht weiter.

## Landsklaven

Die braune Presse meldet:

»Um Kontraktbrüchen, die in letzter Zeit besonders in der Landwirtschaft stark zugenommen haben, wirksam begegnen zu können, ist auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Einführung des Arbeitsbuches für Goslar angeordnet worden, daß die Betriebsführer in den Fällen, in denen ein Gefolgschaftsmitglied kontraktbrüchig wird, also widerrechtlich ohne Einhaltung der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist vorzeitig eine Arbeitsstelle verläßt, das Arbeitsbuch des Kontraktbrüchigen sofort unter Mitteilung des Sachverhaltes an das Arbeitsamt Goslar einzusenden haben.«

»Auch der Treuhänder für Schlesien weist in seinen »Amtlichen Mitteilungen« nochmals darauf hin, daß Vertragsbruch in der Landwirtschaft strafbar sei. Er habe in den ihm bekannten Fällen gegen die Gefolgschaftsmitglieder, die vertragsbrüchig wurden und seiner Aufforderung, zu ihrem Arbeitsplatz zurückzukehren, nicht gefolgt seien, ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Nach den jetzt vorliegenden ersten Ehrengerichtsurteilen sei eine Anzahl Gefolgschaftsmitglieder auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit bestraft worden. So erhielt u. a. ein Ackerkutscher eine Geldstrafe von 20 RM wegen hartnäckigen Zuwiderhandelns gegen allgemein schriftliche Anordnungen des Treuhän-

ders der Arbeit. Er habe seine Arbeitsstelle grundlos verlassen und sei trotz Aufforderung des Treuhänders nicht zurückgekehrt.«

## Verschärfte Ausbeutung

Steigende Profite im Bergbau.

Für die günstige Entwicklung des kapitalistischen Profits unter der Herrschaft der Nationalsozialisten sprechen ein paar Ziffern, die über die Lage im Ruhrbergbau veröffentlicht werden. Bekanntlich ist im Ruhrbergbau während der Rationalisierungsjahre die Ausbeutung der Bergarbeiter in einem besonders hohem Ausmaß gesteigert worden. Der Förderanteil eines Hauern hat sich von 1903 kg je Schicht im Jahre 1924 auf 3434 kg im Jahre 1933 erhöht. Das Tempo dieser verschärfte Ausbeutung hat seither nicht nachgelassen, wenn auch durch gewisse Verschiebungen in der Beschäftigung 1935 ein leichter Rückgang des Förderanteils zu verzeichnen ist.

Eindeutig illustriert wird die günstigere Lage für die kapitalistische Profitgestaltung durch die Gegenüberstellung der Entwicklung des Robertrags je Fördertonne und der Löhne und sozialen Abgaben. Dabei ist zu bemerken, daß der Vergleich noch viel drastischer ausfallen würde, wenn die wirklichen Löhne von den sozialen Abgaben getrennt aufgestellt wären. Denn unter »soziale Abgaben« werden heute in Deutschland nicht nur die Beiträge für die Sozialversicherung verstanden, sondern allerlei Abgaben, die der Arbeiterschaft bestenfalls nur zum geringen Teil

zugute kommen, also mit den Löhnen wirklich nichts zu tun haben. Wir führen die folgenden Zechen an:

	Löhne u. Sozialabgaben je Fördertonne			
	1933	1935	1933	1935
	RM	RM	RM	RM
Concordia . . . . .	10,14	10,34	6,80	6,71
Dahibusch . . . . .	9,64	10,90	8,74	8,15
Harpen . . . . .	10,22	11,04	6,96	7,11
Langenbrahm . . . . .	12,13	13,40	6,97	7,27
Lothringen . . . . .	9,87	11,16	7,13	7,81
Rhein Stahl . . . . .	11,13	11,70	7,62	7,26

Diese Ziffern beweisen, daß bei allen angeführten Zechen der Robertrag je Fördertonne im Jahre 1935 höher lag als zwei Jahre vorher. Diese Steigerung, die im einzelnen Fall bis zu 13 Prozent beträgt, ist um so bemerkenswerter, als der Robertrag sich auch in den vorhergehenden Jahren bereits erhöht hat. Im Gegensatz zur Steigerung des Rohgewinnes sind die Löhne und Sozialabgaben je Fördertonne bei einigen Gruben weiter rückgängig, während bei anderen nur eine geringfügige Erhöhung zu verzeichnen ist. Sie steht in keinem Verhältnis zu der Steigerung des Robertrags. Nach diesem Ausweis ist es wahrscheinlich, daß der reine Lohnanteil je Fördertonne in den letzten zwei Jahren durchwegs eine rückgängige Entwicklung genommen hat. Nur die Einbeziehung der angeblichen Sozialabgaben vermag die Entwicklung zugunsten des Systems etwas zu korrigieren.

# Die Schande der Rassenschandeprozesse

## Der braune Justizterror gegen die Juden

»Das Delikt der Rassenschande ist auch zwischen rein Deutschblütigen denkbar... wenn nämlich ein deutschblütiger Mann mit einer deutschblütigen Frau in Beziehung steht, sich jedoch dabei im Glauben befindet, es handle sich hier um eine Jüdin.«

Reichsgerichtsrat Dr. Schwarz in der »Deutschen Juristenzeitung«.

Das im vergangenen Jahre in Nürnberg verkündete »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« hat den Terror gegen die Juden außerordentlich verschärft. Das gilt besonders für den Teil des Gesetzes, der Verstöße gegen den Rassengedanken bestraft. Rassenschande gilt als Verbrechen. Also ist auch der Versuch strafbar. Verurteilungen wegen versuchter Rassenschande sind bereits erfolgt. Die Begründungen sind bemerkenswert:

In München wurde ein Arier verurteilt, weil er mit einer Halbjüdin in Beziehungen gestanden hatte, die sich als Nichtariern ausgab. Versuchte Rassenschande wurde deshalb angenommen, weil die Halbjüdin nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besaß. In Hildesheim erfolgte die Verurteilung eines Juden wegen versuchter Rassenschande, weil es nicht zur vollendeten Tat gekommen war. In Hamburg wurde einem jüdischen Arzt zur Last gelegt, er habe eine 18jährige Patientin während der Behandlung zu küssen versucht. Der Arzt bestritt, das Gericht glaubte der minderjährigen Zeugin und verurteilte ihn wegen versuchter Rassenschande zu 2½ Jahren Zuchthaus!

Der Begriff der »versuchten Rassenschande« ist im Wege der Auslegung noch wesentlich erweitert worden. Dafür einige Beispiele:

Die ehelichen Beziehungen in Mischehen sind natürlich erlaubt, es liegt aber Rassenschande vor, wenn das gleiche Paar etwa nach der Scheidung noch Beziehungen unterhält. Die Beziehungen zwischen einem ausländischen Juden und einer deutschblütigen Inländerin sind Rassenschande; zwischen einem inländischen Juden und einer deutschblütigen Ausländerin dagegen nicht. Rassenschande liegt vor, wenn ein Deutschblütiger jüdischer Religion Beziehungen zu einer Jüdin unterhält. Rassenschande ist es dagegen nicht, wenn ein Vierteljude jüdischer Religion Beziehungen zu einer arischen Frau unterhält. Rassenschande gibt es auch: beim Verkehr mit Prostituierten, im Ausland, bei regelwidrigem Verkehr (homosexueller oder perverser Veranlagung). Als Rassenschande strafbar sind die Beziehungen zwischen Juden und Arieren; zwischen Arieren und Angehörigen anderer Rassen dagegen nicht. Beziehungen zwischen Deutschblütigen und Mischlingen mit deutschem Ahnentell bleiben straflos; Beziehungen zwischen Deutschblütigen und Mischlingen mit artfremdem Ahnentell sind Rassenschande. Nicht nur der Vorsatz, sondern auch der bedingte Vorsatz zur Rassenschande ist strafbar, er wird angenommen, wenn jüdisches Aussehen, jüdischer Vor- oder Nachname (oder umgekehrt: rein arisches Aussehen usw.) vorliegt.

Auf diese Weise häufen sich die Verurteilungen wegen Verstoß gegen das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«. Sie treffen natürlich in erster Linie die Juden. Von den wegen des Deliktes der Rassenschande bisher rechtskräftig Verurteilten sind nach amtlichen Angaben 17,8 Prozent deutschblütig und 82,2 Prozent Juden. Die Zahl der bisher Verurteilten ist nicht bekannt. In einem Aufruf in sächsischen Nazi-Zeitungen, der sich gegen die »artvergeessenen Frauen« wendet, werden 31 Personen namentlich aufgeführt, die seit Ende 1934 auf Anordnung des Ministers des Innern für das Land Sachsen wegen rassenschänderischer Beziehungen verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenburg gebracht oder verurteilt worden sind. Wir haben bereits im Heft I/1936, S. 34 ff., eine Liste von Rassenschande-Urteilen veröffentlicht. Seitdem sind uns folgende Fälle bekanntgeworden:

- Hildesheim: (Datum unbekannt.) Die Große Strafkammer Hildesheim verurteilte einen jüdischen Angeklagten wegen versuchter Rassenschande zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis.
- München: (Datum unbekannt.) Die I. Große Strafkammer verurteilte den Juden Emanuel Elias, München, wegen Rassenschande zu einem Jahr, vier Monaten Gefängnis.
- München: (Datum unbekannt.) Die Große Strafkammer des Landgerichts II verurteilte Hanns Peter Sturm aus Ebenhausen wegen versuchter Rassenschande zu sechs Monaten Gefängnis.
- München: (Datum unbekannt.) Das Schöffengericht München-Au verurteilte den Juden Sigmar Bloch, München, wegen Rassenschande zu sechs Monaten Gefängnis.
- München, 23. I. 1936: Die II. Strafkammer des Landgerichts München I verurteilte

einen arischen Angeklagten wegen Rassenschande zu sieben Monaten Gefängnis.

- München, 6. II. 1936: Die I. Strafkammer des Landgerichts München I verurteilte den Juden Siegfried Einstein, München, wegen Rassenschande zu sechs Monaten Gefängnis.
- Berlin, 7. II. 1936: Die 12. Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte einen jüdischen Angeklagten aus Spandau wegen Rassenschande zu einem Jahr Gefängnis.
- Berlin, 12. II. 1936: Die 17. Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Juden Leopold Philippsborn, Berlin, wegen Rassenschande zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis.
- Chemnitz, Februar 1936: Der Jude Dr. W. Oppenheim, Chemnitz, wurde wegen Rassenschande verhaftet. Seine (arische!) Partnerin, Fräulein Israel, befindet sich in Schutzhaft.
- Osnabrück, 27. II. 1936: In das Gefängnis Osnabrück wurde ein Jude wegen Rassenschandung eingeliefert.
- Frankfurt a. M., 28. II. 1936: Die Große Strafkammer verurteilte einen Juden wegen Rassenschande zu zehn Monaten Gefängnis.
- Bernburg, 1. III. 1936: In das Gefängnis wurde ein jüdischer Kaufhausbesitzer aus Güsten wegen versuchter Rassenschande eingeliefert.
- Hamburg, 2. III. 1936: Die Strafkammer verurteilte den Juden Bernhard Schavira wegen Rassenschande zu vier Monaten Gefängnis.
- Halle, 2. III. 1936: Die I. Große Strafkammer verurteilte einen jüdischen Angeklagten wegen Rassenschande zu einem Jahr Gefängnis.
- Leipzig, 13. III. 1936: Die Große Strafkammer verurteilte den Juden Ludwig Neumann wegen Rassenschande zu einem Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte Zuchthaus beantragt. Es blieb bei Gefängnis, weil Neumann Frontsoldat war, vier Auszeichnungen erhielt und drei seiner Brüder gefallen sind.
- Magdeburg, 13. III. 1936: Die Große Strafkammer verurteilte zwei Deutschblütige wegen Rassenschande zu einem Jahr, fünf Monaten und einem Jahr Gefängnis.
- Nürnberg-Fürth, 16. III. 1936: Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Juden Ernst Justin Friedenhal, Würzburg, wegen Rassenschande zu acht Monaten Gefängnis.
- Schweinfurt, 3. IV. 1936: Die Strafkammer verurteilte den Juden Ludwig Nord-schild, Schweinfurt, wegen Rassenschande zu zwei Jahren Zuchthaus.
- Nürnberg, 7. IV. 1936: Die 3. Große Strafkammer beim Landgericht verurteilte den Juden Wolfgang Wilhelm Steinberg wegen Rassenschande zu einem Jahr Gefängnis.
- Meißen, April 1936: Der jüdische Kaufmann Max de Levie wurde wegen Rassenschande verhaftet.
- Chemnitz, April 1936: Der Jude Josef Ramsfelder, Chemnitz, wurde wegen Rassenschande verhaftet.
- Aachen, 7. V. 1936: Die I. Große Strafkammer verurteilte einen jüdischen Angeklagten polnischer Staatsangehörigkeit wegen Rassenschande zu drei Monaten Gefängnis.
- Hamburg, 13. V. 1936: Die Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte einen jüdischen Arzt wegen versuchter Rassenschande zu zwei Jahren, sechs Monaten Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust.
- Nürnberg, 16. Mai 1936: Die Große Strafkammer beim Landgericht verurteilte Johann Georg Rauh, Nürnberg, wegen Rassenschande zu einem Jahr, acht Monaten Zuchthaus.
- Weißenfels, 31. V. 1936: Das Schöffengericht verurteilte einen jüdischen Arzt wegen Rassenschande zu einem Jahr, sechs Monaten Zuchthaus.
- Dresden, 9. VI. 1936: Die 29. Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Juden Ludwig Baruch wegen Rassenschande zu acht Monaten Gefängnis.
- München, 12. VI. 1936: Die I. Strafkammer des Landgerichts München I verurteilte den Juden Max Schwarz, München, wegen Rassenschande zu neun Monaten Gefängnis.
- Hamburg, 13. VI. 1936: Der Jude Rufe, als Sohn französischer Eltern in Basel geboren, wurde wegen Rassenschande zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis verurteilt.
- Hamburg, 13. VI. 1936: Der Jude Martin Levy wurde wegen Rassenschande zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.
- Hannau, 14. VI. 1936: Ein jüdischer Gewerbetreibender wurde wegen Rassenschande zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.
- Osnabrück, Juni 1936: Die Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Juden Weinberg aus Buer wegen Rassenschande zu einem Jahr Gefängnis.
- Frankenthal, Juni 1936: Die I. Strafkammer verurteilte den Juden Sally Ullmann wegen Rassenschande zu vier Monaten Gefängnis. In der ersten Verhandlung am 21. IV. in Ludwigshafen war Ullmann freigesprochen worden. Der Staatsanwalt legte Berufung ein.
- Landau, Juni 1936: Die Große Strafkammer verurteilte den Juden Ed. Rößner wegen Rassenschande zu einem Jahr Zuchthaus.
- Hamburg, Juni 1936: Der jüdische Schneidermeister Sally Mayer wurde wegen Rassenschande verhaftet.
- Frankfurt a. M., 6. VII. 1936: Die Strafkammer verurteilte einen jüdischen Angeklagten wegen Rassenschande zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis.
- Aachen, 7. VII. 1936: Die Strafkammer verurteilte einen jüdischen Angeklagten wegen Rassenschande zu fünf Monaten Gefängnis.
- Würzburg, 10. VII. 1936: Der Jude Max Meyer, Estenfeld, wurde wegen Rassenschande zu zwei Jahren, acht Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.
- Frankfurt, 10. VII. 1936: Die Strafkammer verurteilte einen jüdischen Angeklagten wegen Rassenschande zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis.
- Nürnberg-Fürth, 20. VII. 1936: Die 3. Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Juden Adolf Hallenstein wegen Rassenschande zu einem Jahr Zuchthaus.
- Stuttgart, Juli 1936: Im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart wurden im Juli drei Juden wegen Rassenschande in Untersuchungshaft genommen.
- Herschberg (Pfalz), Juli 1936: Der Jude H. Weller in Oberhausen wurde wegen Rassenschande verhaftet.
- Breslau, Juli 1936: Die Große Strafkammer verurteilte den Juden Friedrich Roll wegen Rassenschande zu einem Jahr Zuchthaus.
- Chemnitz, Juli 1936: Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Juden Hans Karl Löwenstein, einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen, wegen Rassenschande zu einem Jahr, zwei Monaten Gefängnis.
- Würzburg, Juli 1936: Die Große Strafkammer verurteilte den Angeklagten Brotzer aus Karlstadt wegen Rassenschande zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis.
- Mainz, 24. VIII. 1936: Ein arischer Angeklagter wurde von der Großen Strafkammer in Mainz wegen Rassenschande zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.
- Essen, 28. VIII. 1936: Die Große Strafkammer Essen verurteilte einen jüdischen Angeklagten wegen Rassenschande zu acht Monaten Gefängnis.

Bei fast allen diesen bestraften »rassenschändenden« Beziehungen handelt es sich um Bindungen von vieljähriger Dauer. Nach den Feststellungen des Reichsjustizministeriums haben bei 7/8 aller Fälle die Beziehungen schon vor Erlaß der Nürnberger Gesetze bestanden. Die Verurteilten standen vielfach seit einem Jahrzehnt und länger in eheähnlichen Beziehungen zu ihren Partnern; gemeinsame Haushaltungen waren gegründet, Kinder geboren. Manche beabsichtigten, sich zu trennen, zum Teil war die Trennung bereits vollzogen, in anderen Fällen bestand die Absicht, auszuwandern oder die Eheerlaubnis zu erlangen.

Da die am Delikt beteiligte Frau nach den Nürnberger Gesetzen nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, ist der Erpressung Tür und Tor geöffnet. Naturgemäß dringen Fälle dieser Art nur selten an die Öffentlichkeit. Denn der erpresste Jude muß bei einer Anzeige der Erpresserin damit rechnen, daß er wegen Rassenschande verurteilt wird. Einige Beispiele:

- Der Mannheimer Einzelrichter verurteilte am 19. III. 1936 Madelaine X. zu sechs Monaten Gefängnis, weil sie von ihrem früheren jüdischen Freund 500 Mk. unter der Drohung einer Anzeige bei der NSDAP erpreßt hatte.
- Die Aachener Strafkammer verurteilte am 7. VII. 1936 eine Frau und zwei Männer wegen Erpressung zu 18, 12 und 10 Monaten Gefängnis. Die Frau hatte einen Juden in ihre Wohnung eingeladen und ihre beiden Heiferselber beauftragt, im gegebenen Augenblick einzudringen. Man drohte dem Juden mit Anzeige und erpreßte von ihm 500 Mk. — Der Jude wurde wegen Rassenschande zu fünf Monaten verurteilt.
- Der »Stürmer«-Mitarbeiter SA-Mann Wilhelm H. aus Odenkirchen, mehrfach vorbestraft, versuchte seine Frau mit einem Juden zu verheiraten. Er lud den Juden als »Hausfreund« in seine Wohnung ein und versuchte, ihn dann unter der Drohung, ihn wegen rassenschänderischen Verkehrs anzuzeigen, zu erpressen. Bei der Gerichtsverhandlung stellte sich die Beziehung wegen Rassenschandung als haltlos heraus. Der Erpresser wurde zu 18 Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der rehabilitierte Jude (Kriegsteilnehmer und Inhaber mehrerer Tapferkeitsorden) wurde von der SA bedroht, in »Schutzhaft« genommen und nach M.-Gladbach überführt. Dort hat er »Selbstmord« verübt.

in dem schon erwähnten Aufruf in der sächsischen NS-Pressen heißt es: »... Man müßte eigentlich annehmen, daß diese Aufklärungsarbeit auch dem letzten Volksgenossen die Augen über die Gefahren geöffnet hat, die dem deutschen Volk von den Juden drohen. Man sollte meinen, daß der wirtschaftliche oder gesellschaftliche Umgang mit Juden ein für allemal aufhören muß. Leider beweist die Erfahrung, daß es noch immer Unbelehrbare gibt, die sich vor ihren Volksgenossen nicht schämen, teils heimlich, teils in aller Öffentlichkeit weiteren Verkehr mit Juden zu pflegen und sogar für sie einzutreten... Wenn aber deutsche Mädchen sich soweit vergessen, daß sie Liebesverhältnisse mit Juden eingehen, ja sogar zum Geschlechtsverkehr mit ihnen sich herablassen, so muß solches ehrloses und pflichtvergeßenes Verhalten mitteillos bestraft werden, um damit zugleich abschreckend auch auf diejenigen einzuwirken, die das Gebot der Stunde noch immer nicht verstanden zu haben scheinen.«

## Der Zuchthof

»Höhere und mittlere Beamte sind am wenigstens kinderfreudig... Es muß daher den Volkskreisen, denen der Staat und damit die Gesamtheit des Volkes ein gutes und sicheres Leben ermöglicht, immer wieder und mit Nachdruck nahegebracht werden, daß gerade sie die Pflicht haben, ihrer volkspolitischen Pflicht zu genügen — und sich nicht darauf verlassen dürfen, daß andere weniger begünstigte Volksgenossen den von ihnen verschuldeten bevölkerungspolitischen Ausfall decken!«

»Nationalsozialistische Parteikorrespondenz«.

»... In dem jetzt entschiedenen Fall handelt es sich um einen Ehemann, der seiner Frau das Kind verweigerte, trotz ihres ernstlich und wiederholt geäußerten Wunsches. Das Kammergericht stellt dazu fest, daß diese Tatsache allein schon die Anwendung des Paragraphen 1568 BGB rechtfertigt, wonach bei schweren Zerrüttungen Ehen geschieden werden können. Der Grundsatz des Kammergerichts lautet: »Verweigert ein Ehegatte dem andern ohne berechtigten Grund ein Kind, indem er Maßnahmen zur Verhütung der Empfängnis trifft, so stellt dies einen Scheidungsgrund nach Paragraph 1568 BGB dar.« Dabei bemerkt das Gericht noch, daß die Absicht des Mannes, sich eine eigene Existenz zu gründen, wobei er in dieser Zeit »keine schwangere Ehefrau« haben wollte, kein berechtigter Grund sei, der Frau, sei es auch nur vorläufig, entgegen ihrem Wund, ein Kind zu verweigern.«

»Juristische Wochenschrift«.

»Zum erstenmal nach Inkrafttreten des Erbgesundheitsgesetzes vom Oktober 1935 befaßte sich das Schöffengericht in Duisburg mit der Erschleichung einer verbotenen Eheschließung. Bei der Ausfüllung des Formulars zur Begutachtung der Erbgesundheit, das zur Schließung der Ehe erforderlich ist, hatte ein jetzt vor Gericht stehendes Ehepaar es unterlassen, frühere Erkrankungen, die vielleicht zur Verneinung der Ehe geführt hätten, anzugeben. Durch Nachforschungen stellte sich heraus, daß Momente vorhanden waren, nach denen eine Eheschließung nicht erfolgen durfte. Die Ehefähigkeit wurde dem Ehepaar später, allerdings mit gewisser Einschränkung bei der Ehefrau, gegeben. Das Gericht verurteilte die Ehefrau zu einem Monat Gefängnis, während der Ehemann freigesprochen wurde.«

»Kölnische Zeitung« Nr. 478.

## Kostspieliges Experimentieren

Die Fernseh-A.-G., eine Gesellschaft, an der Zeiß, die Robert Bosch-A.-G. und die Radio-A.-G. Loewe beteiligt sind, hat innerhalb fünf Jahren zum zweiten Mal ihr gesamtes Aktienkapital durch Versuchs- und Patentkosten eingebüßt. Das Aktienkapital mußte im Vorjahre erst wegen der Verluste von 500.000 auf 50.000 Mark zusammengestrichen und dann auf 440.000 Mark wieder erhöht werden. Jetzt erfolgt eine erneute Herabsetzung auf 82.000 Mark. Der dadurch entstehende Gewinn reicht jedoch nicht aus, um den neuen Verlust von 378.000 Mark zu decken. Es wird eine Wiedererhöhung auf 400.000 RM vorgeschlagen, von denen wahrscheinlich im laufenden Jahre wieder ein erheblicher Teil verloren gegangen ist. Kostspielige Forschungsarbeit — im Dienste der Kriegsrüstung!

# Der Fortschritt des Hungers

Das deutsche Volk soll sich abfinden

Der neue Vierjahresplan verschärfter Wirtschaftszerstörung ist keineswegs ein freiwilliger Entschluß. Er ist erzwungen durch das völlige Versagen der nationalsozialistischen Agrarpolitik. Weil trotz der Zwangswirtschaft, der Verteuerung aller landwirtschaftlichen Produkte und der Zerstörung der Handelspolitik die deutsche Kriegswirtschaft von der Erreichung der »Nahrungsfreiheit« weiter entfernt ist als je, sollen durch Ausbau der industriellen Ersatzproduktionen Devisen frei gemacht werden für die jetzt plötzlich als unentbehrlich erkannte Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Dieser Industrieprogramm ist ebenso zum Scheitern verurteilt wie der Darrésche Agrarplan. Die Ersatzprodukte sind um das Mehrfache teurer und schwächen die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt noch mehr; kauft Deutschland künftig noch weniger Rohstoffe von anderen Ländern, so setzen diese ihre Bezüge von deutschen Industrieerzeugnissen noch mehr herab; der Außenhandel verringert sich weiter. Auf keinen Fall werden die so heiß ersehnten Devisen für die agrarische Einfuhr gewonnen. Weit entfernt, ein Mittel für die Erleichterung der Nahrungsmittelschwierigkeiten zu sein, muß die neue Plan die bisherigen Rohstoff- und Devisenhemmungen noch steigern, fortschreitende Wirtschaftszerrüttung bewirken.

Dabei handelt es sich auch gar nicht mehr um Zukunftsprobleme, deren Lösung vier Jahre Zeit hätten, sondern um sehr akute Schwierigkeiten, die das wahnsinnige Rüstungstempo im Verein mit der Autarkiepolitik herbeigeführt hat. Unmittelbar nach der Hitler-Proklamation hat der »Reichsnährstand«, wie das Pseudonym für Darré und seine unfähige Clique lautet, eine Darstellung zum Ernährungsproblem veröffentlicht. Die Knappheit an Fleisch, Schmalz, Eiern und der bevorstehende Buttermangel wird gar nicht mehr geleugnet. Der Darré will nur über noch schlimmere Befürchtungen hinwegtrösten. Deshalb versichert er, daß die deutsche Brotversorgung aus eigener Kraft gesichert sei, ebenso wie die mit Kartoffeln und Zucker. Der Fleischverkauf könne zu 95 Prozent, der Eierbedarf zu 83 Prozent und der Fettbedarf zu 50 bis 60 Prozent gedeckt werden. Diese Mitteilung ist wirklich sehr interessant. Denn es sind zum Teil genau die gleichen Ziffern, die schon 1931 erreicht und amtlich bekanntgegeben waren. Nur daß damals eine Versorgungsknappheit nicht existierte und Einfuhrschwierigkeiten unbekannt waren. Jetzt muß der Darré eingestehen, daß trotz des ungeheuren und kostspieligen bürokratischen Aufwands seit Hitler kein Fortschritt in der Erzeugung erreicht, wohl aber dauernde Ernährungsschwierigkeiten produziert worden sind. Aber das Eingeständnis geht noch weiter. Während bisher stets versichert worden war, daß es sich nur um vorübergehende Schwierigkeiten handle, wird jetzt kalt und zynisch verkündet, daß sich das deutsche Volk damit abzufinden habe. Denn die »Werktagkost« sei doch, wie die Angaben zeigten, dem deutschen Volke gesichert, und damit basta! In der Versorgung mit »Sonntagskost« klappten, sagt der Reichsnährstand, allerdings noch bedeutende Lücken. Die Regierung erwarte aber, daß die Bevölkerung der gegenwärtigen Situation Verständnis entgegenbringe und sich diejenigen Beschränkungen freiwillig (!) auferlege, die im Interesse des Staates (lies: der Vorbereitung des Hitlerkrieges!) gefordert werden müßten. Die deutsche Regierung sei davon überzeugt, daß der wirtschaftliche Vierjahresplan, den Hitler verkündet hat, erfolgreich durchgeführt und hernach auch für die Ernährung ein übriges getan werden kann.

Die Bezeichnung einer einigermaßen ausreichenden Ernährung des deutschen Volkes, die in den letzten Jahren ständig zurückgegangen ist, als Sonntagskost, ist also das vorläufig letzte Wort nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, zugleich die schneidendste Kritik an der Selbstbeweihräucherung des »Führers«. So schlimm aber das Eingeständnis der Diktatur ist, daß den Massen künftig eine ausreichende Ernährung mit Fett und Fleisch und Eiern höchstens am Sonntag

gesichert sei, so wenig sicher ist die Einhaltung der Voraussage, daß die unzureichende Werktagkost wirklich vorhanden sein wird.

Wir haben bereits früher ausgeführt, daß selbst nach den bisherigen amtlichen Ernteschätzungen ein bedenklicher Ausfall zu erwarten sei und zugleich prophesiert, daß diese Schätzungen sich als viel zu optimistisch erweisen werden. Dies wird durch die jetzt vorliegende amtliche Septemberschätzung in vollem Umfang bestätigt. Würde im Juli eine Weizenernte von 4,9 Millionen Tonnen angegeben, so werden jetzt nur mehr 4,61 Mill. Tonnen erwartet, noch weniger als die 4,79 Mill. der mittelmäßigen vorjährigen Ernte. Die Roggenernte wird jetzt auf 7,66 Mill. Tonnen beziffert gegenüber 8,42 der Julischätzung und einem Erntergebnis von 7,48 Mill. Tonnen 1935. Ebenso mußten die Gerste- und im geringeren Maße die Haferschätzungen reduziert werden. Die Verringerung der Quantitäten wird in ihrer Wirkung noch verschärft durch die Verschlechterung der Qualität. Die Mühlen berichten allgemein, daß die Posten mit niedrigem Hektoliter-Gewicht überwiegen, wodurch sich die Mehlausbeute verschlechtert. Dazu kommen Schäden, die die ohnedies durch die Feuchtigkeit verminderte Haltbarkeit noch mehr herabsetzen und die Lagerverluste vermehren. Auch die örtlichen Unterschiede im Ernteausfall sind sehr groß. In Süd-

bayern bleibt der Roggenertrag um 27 Prozent hinter dem Mittel der letzten Jahre zurück. Sehr ungünstig ist das Ergebnis auch im ganzen Nordwesten (Oldenburg, Hannover, Schleswig-Holstein). Der Ausgleich dieser Verschiedenheiten wird für die Darrésche Zwangsorganisation neue Schwierigkeiten bedeuten, die Desorganisation der Märkte in diesem Jahre noch steigern, dem Schwarzhandel neuen Auftrieb geben.

Wie stellt sich nun nach der neuesten Schätzung die Gesamtsituation dar? Die Weizenernte von 4,61 Millionen Tonnen bleibt hinter dem tatsächlichen Verbrauch des Vorjahres von 5,45 Mill. Tonnen um 0,84 Mill. Tonnen zurück. Bei Roggen betrug der Verbrauch 8,3 Mill. Tonnen, das Defizit ist also 0,64 Millionen Tonnen. Bei Hafer und Gerste dürfte die Ernte dem vorjährigen, aber bereits stark gedrosselten Verbrauch gleichkommen. Wir können also mit einem Defizit gegenüber dem Vorjahresverbrauch um rund 1,5 Millionen Tonnen rechnen. Dazu kommt aber, daß die Vorräte an Roggen und Weizen, die zu Beginn des vorjährigen Erntejahres 2,5 Mill. Tonnen ausmachten, fast restlos verbraucht sind, so daß das wirkliche Defizit 4 Mill. Tonnen beträgt! Bei Weizen entspricht die diesjährige Ernte dem vorjährigen Mehlgutbedarf, während im Vorjahre darüber hinaus noch 600.000 Tonnen verfübert werden konnten. Zur Verfütterung,

rechnet die »Frankfurter Zeitung«, stehen nur 1,75 Mill. Tonnen Roggen und Weizen zur Verfügung, während im letzten Jahre nicht weniger als 3,4 Millionen, also die doppelte Menge in den Futtertrög wandernten. An Gerste und Hafer stehen etwa dieselben Mengen wie im Vorjahr zur Verfügung. Zusammen sind das rund 8,7 Millionen Tonnen, während die Getreideverfütterung im letzten und ähnlich auch in den beiden vorausgegangenen Jahren 10,35 Mill. Tonnen erforderte. Dabei stellt der augenblicklich etwas erhöhte Schweinebestand, soll er durchgehalten werden, erhöhte Ansprüche. Nun ist das Ergebnis an Kartoffeln und Futterrüben noch nicht zu übersehen. Dagegen hat aber der in den letzten Jahren stark geförderte Zwischenfruchtbau einen Rückschlag erfahren, da die späte Ernte die Bestellung mit Stopfelrüben verzögert hat.

Fest steht auf alle Fälle, daß sich unter Hitler und Darré die Ernährungsbilanz in beunruhigender Weise immer weiter verschlechtert. Immer mehr Ernährungsschlachten wurden verloren. Nun sind schon im Vorjahre, in dem die zur Verfügung stehende Getreidemenge dank der noch vorhandenen Vorräte um 3 bis 4 Millionen Tonnen größer waren, die Ernährungsschwierigkeiten immer neu entstanden, ist die deutsche Ernährung auf die »Werktagkost« reduziert worden. In diesem Jahre wird sie eine neue Einschränkung erfahren. Denn die absolut notwendige Steigerung der Einfuhr von Futtermitteln und Fett verweigert die Diktatur, die die Devisen für ihre Kriegerausrüstung mit Beschlag belegt.

Dr. Richard Kern.

## Hitlers Selbstlob entlarvt

Preisschlacht gewonnen — Erzeugungsschlacht verloren

»Wie hätten«, rief »der Führer« in Nürnberg aus, »unsere Gegner gespottet, wenn ich ihnen am 30. Januar 1933 erklärt haben würde... daß die Einnahmen der deutschen Landwirtschaft höher sein werden als jemals in einem Jahre unserer Friedenszeit vorher.« Einige Wochen vorher, am 12. August, erschien ein Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung mit einer Untersuchung über die »Erfolge der Erzeugungsschlacht«. Darnach betragen die landwirtschaftlichen Verkaufserlöse im letzten Wirtschaftsjahr 1935/36 8,8 Milliarden. Im Jahre 1926/27, das ein Krisenjahr gewesen war, hatten sie 8,3 Milliarden betragen, also nicht viel weniger als im dritten Jahr des Hitleraufschwungs. 1927/28 waren sie auf 9,3, 1928/29 sogar auf 10,2 Milliarden gestiegen. In diesem Jahre günstiger Konjunktur hatten die Bauern, die Hitler bekanntlich aus den Klauen der jüdischen Blutsauger gerettet hat, erheblich höhere Einnahmen als im bisher besten Jahre des Dritten Reichs. Erst als die Konjunktur sich im Abstieg befand, 1930/31, waren die Einnahmen der Landwirte mit 8,6 Milliarden ungefähr auf den Stand des ertragreichsten Hitlerjahres herabgesunken. 1932/33 allerdings, im Jahre des Konjunkturtiefstandes, waren die Geldeinnahmen, nach dieser amtlichen Schätzung, nicht höher als 6,4 Milliarden. Aber »der Führer«, der behauptet, seine Leistungen seien höher als jemals vorher, will ja selbst, daß sie mit den besten und nicht mit den schlechtesten Jahren der »Schmachzeit« verglichen werden. Der Spott »unserer Gegner« würde also 1933 gar nicht so unberechtigt gewesen sein, wie »der Führer«, ohne sich vorher beim Statistischen Reichsamt informiert zu haben, in Nürnberg behauptet hat.

W. Rauber vom Stabsamt des Reichsbauernführers hat im »Jahrbuch für Nationalsozialistische Wirtschaft« als das Ziel des Reichsnährstandes verkündet, »die Volksernährung nach Möglichkeit aus eigener Scholle sicherzustellen«. Wird »der Führer« in den nächsten vier Jahren mit der Erfüllung seines Rohstoffprogramms ebenso erfolgreich sein, wie Darré bisher in der Erfüllung seines Ernährungsprogramms gewesen ist? Insofern als die Einfuhr von Nahrungsmitteln gedrosselt worden ist wie niemals zuvor, ist von Darré das Ziel der Nährfreiheit fast so restlos verwirklicht worden wie von seinem Führer das Ziel der Wehrfreiheit. 1932 wurden an Nahrungs- und Genußmitteln eingeführt im ersten Halbjahr für 1945, im ersten Halbjahr 1936 nur für 745 Millionen Mark, also um fast ein Drittel weniger als im schlechtesten Konjunkturjahr vor Hitler. Gleichzeitig waren die

Verkaufserlöse der Landwirte von 6,4 auf 8,8 Milliarden gestiegen, das Volk hatte also für seine Ernährung um ein Drittel mehr aufwenden müssen als 1932.

Hat sich mit der Einschränkung der Nahrungsmittelfuhr und der Verteuerung der Ernährung wenigstens diese verbessert?

Im Gegenteil, auch nach der Inflationszeit gab es in Deutschland viel Not, aber erst im Dritten Reich gibt es Not an Nahrungsmitteln, wird die Butternot von der Fleischnot und diese von der Eiernot abgelöst.

Es ist also nicht gelungen, mit der Nährfreiheit auch die Ernährung zu sichern, was an Einfuhr erspart wird, durch heimische Erzeugung zu ersetzen. »Der Führer« hat das in Nürnberg damit erklärt, daß die fünf Millionen, die er in Arbeit gebracht haben will, sich »auf den Lebensmittelmarkt gestürzt« und ihn »mit einer größeren Kaufkraft zusätzlich belastet« haben. In der unseligen Zeit des Liberalismus konnte der Warenmarkt durch größere Kaufkraft entlastet, aber nicht belastet werden, weil es damals zumeist mehr zu kaufen gab, als bezahlt werden konnte. Damals war es noch kein Unglück, Arbeit zu bekommen, weil nicht die Gefahr bestand, daß die Leute, je mehr sie verdienen, um so weniger zu essen bekommen. Das Institut für Konjunkturforschung hätte den Führer darüber aufklären können, daß die Nahrungsmittelnöt nicht daher kommt, daß die Menschen zuviel essen, sondern daß der Erfolg von Darrés Erzeugungsschlacht weit hinter den Ergebnissen seiner Preisschlacht zurückbleibt. Das ergeben die vom Institut veröffentlichten Schätzungen der Verkaufserlöse für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Vergleich mit den zum Verkauf an die Verbraucher verfügbaren Mengen.

Darnach betrug z. B. die verkaufte Menge von Speisekartoffeln 1932/33 8,8, 1935/36 9,1 Millionen Tonnen, beim Verkauf erlöst wurden dafür 1932/33 255, 1935/36 455 Millionen Mark. Die verkaufte Menge hatte also um 4 Prozent zugenommen, die Verkaufserlöse um 80 Prozent!

Hülsenfrüchte wurden zum Verkauf gestellt 1932/33 44.000, 1935/36 nur 28.000 Tonnen, erlöst wurden 1932/33 10, 1935/36 18 Millionen Mark. Für eine um ein Drittel verringerte Menge mußte ein vier Fünftel höherer Preis bezahlt werden!

Von Gemüse kamen auf den Markt 1932/33 1,6, 1935/36 1,7 Millionen Tonnen, also um 8 Prozent mehr. Bezahlt wurden dafür 1932/33 131, 1935/36 181 Millionen Mark, also um 40 Prozent mehr.

Schlachtvieh kam auf den Markt im Gewicht von 1932/33 3,5, 1935/36 3,8 Millionen Tonnen. Die den Verbrauchern zur Verfügung gestellte Menge heimischen Fleisches hatte sich also um ein Zwölftel vermehrt, die Verkaufserlöse zur gleichen Zeit von 2000 auf 3300 Millionen, also um mehr als zwei Drittel!

Kuhmilch gab es zu kaufen 1932/33 15,4, 1935/36 15,3 Millionen Tonnen, bezahlt wurden dafür 1932/33 1300, 1935/36 1600 Millionen!

Die Erzeugungsschlacht Darrés hat versagt, sie hat die Einfuhr gedrosselt, aber die heimische Produktion längst nicht entsprechend erhöht, teilweise sogar vermindert, die Ernährungsgrundlage demnach geschwächt. Dieses Versagen haben die Verbraucher hoch bezahlen müssen. Mehr als 1932 wurden für die Ernährung bezahlt im ersten Hitlerjahr 1000, im zweiten 2000, im dritten Hitlerjahr 2400 Millionen Mark, also im ganzen etwa 5½ Milliarden. Das entspricht fast genau der Zunahme des Arbeitseinkommens zur gleichen Zeit. Es war nach der amtlichen Schätzung von 26 Milliarden 1932 auf 31,8 Milliarden 1935, also um 5,8 Milliarden gestiegen. Darrés Nährfreiheit hat also die Abhängigkeit Deutschlands von der Nahrungsmittelfuhr nicht aufgehoben, sondern erst recht erwiesen.

Gewiß ist der Minderertrag der letzten beiden Jahre eine Folge schlechter Ernte, aber Mißernten hatten früher nicht Ernährungsschwierigkeiten zur Folge, sondern erhöhte Einfuhr von Nahrungsmitteln. Was aber von der Hitlerregierung unter allen Umständen unterbunden wird, ist die Einfuhr öhaltiger Futtermittel. Nach der Angabe des Instituts ging der Verbrauch an ausländischen Oelkuchen allein im letzten Jahr um rund 1 Millionen Tonnen zurück. Dadurch wird zwar dem viehzüchtenden Bauern die Viehhaltung verteuert, aber dem getreidebauenden Großgrundbesitzer die sonst gefährdete Grundrente gesichert. Das Interesse der Junker fällt aber mit dem obersten Zweck des nationalsozialistischen Staates, mit der Kriegsvorbereitung zusammen. Göring hat es ausgesprochen: Erz ist wichtiger als Butter. So erweist sich das Streben nach agrarischer Selbstversorgung als ein Mittel, die Ernährung zugunsten der Bewaffnung einzuschränken, weniger Eier verzehren zu lassen, damit mehr Eierhandgranaten erzeugt werden können. So ist auch die von Hitler als Vierjahresziel verkündete Rohstoffautarkie weniger ein Mittel, »die nach Abschluß der Aufrüstung freierwerbenden Menschenmassen nationalökonomisch nützlich zu beschäftigen«, als ein Teil der Aufrüstung selbst.

G. A. F.

# Der Selbstschutz der Freiheit

## Kämpfendes Spanien — Kämpfendes Europa

Französisch-spanische Grenze, Mitte September.

Man blickt von hohen Bergrücken herüber nach Spanien. Dörfer, Wälder und Wiesen des Pyrenäentales liegen sonnenüberblitzt in tiefem Frieden, denn hier ist nirgendwo Kampfgebiet. Ueber den Paß geht die Straße durch katalonisches Land nach Barcelona. Aber sobald man mit den Menschen redet, hüben wie drüben in den Grenzorten, dann wird man Zeuge eines Erregungszustandes, der Denken und Gefühl des kleinsten Bauern, des ärmsten Arbeiters hinreißend beherrscht. Man debattiert vor den Häusern, in den Wirtschaften, jeder Fremde wird angesprochen und ausgefragt im Fieber nach Nachrichten. »Wie es steht.« Keiner spricht von sich selbst, vom eigenen Schicksal. Es ist »Politik«, die Entscheidung einer Gesinnung, die Männer und Frauen, auch diejenigen, die bisher nur wenig über die Mauern ihres Hauses und über die Wegsteine ihres Dorfes hinausdachten, auf beiden Seiten der Grenze in ein Meer von Unruhe gestürzt hat.

»Mythos« ist heute großes Modewort. Entstellt und mißbraucht zum Schutzschilde ordinärer Gewalt, pflegt man mißtrauisch zu werden, sobald versucht wird, klare geschichtliche Situationen und aktuelle politische Erkenntnisse durch Pseudo-Irrationalität zu vernebeln. Aber ebenso falsch wäre es, die Bedeutung und die Wirkung des Wunschglaubens als Massenfaszination gering zu schätzen — jene Entzündungen der Volksphantasie, die von der Idee und vom Glauben her die menschlichen Instinkte zu gewaltigen Kraftentladungen angespornt haben. Die breiten Massen des spanischen Volkes sind in diesem Schicksalskampf von einem solchen Mythos ergriffen, der uralt ist, um an jeder Zeitwende unter dem Druck politischer und sozialer Ereignisse erneut Berge zu versetzen: den Mythos der Freiheit. Vielhundertfach vernahm man das Wort auf dieser Reise. Mit blitzenden Augen, hochgerissenen Fäusten, ein übersprudelnd leidenschaftliches Massenbekenntnis bis zur Todesentschlossenheit gegen die Unterdrücker der Freiheit, die nicht greifbar ist und menschliche Bedürfnisse stillt wie Brot und Bett und doch im Bewußtsein der Kämpfenden zur beherrschenden Glaubens- und Lebensmacht geworden ist.

Mit Gesang zogen die Milizen über die Grenze, in fiebernder Erwartung ihres Einsatzes. Urteilte man nur nach der Gefühlsentscheidung, so ist die Situation höchst unproblematisch: dort die Unterdrücker, die Kirche, der Feudalismus, die Generale mit ihren zum Waffendienst gegen das Volk gedungenen Kolonialsoldaten, hier das spanische Volk, die bedrohte Freiheit zu schützen. Bei der politischen und ideenmäßigen Zerrissenheit Europas hat man um so mehr das Bedürfnis, den spanischen Heldenkampf auf einen solchen einfachen und klaren Nenner zu bringen. Aber bald entdeckt man, daß das Problem »Spanien« genau so verwickelt ist, wie alle übrigen Gesinnungs- und Machtkämpfe in der Welt. Wir haben es hier an der Grenze immer wieder erlebt. Die Kämpfenden waren einig darin, die Freiheit von etwas zu erringen und für immer zu behaupten: von der jahrhundertlangen Versklavung durch die spanische Reaktion und ihren sozialen, finanziellen und militaristischen Bundesgenossen. Sobald aber, selbst in kleinem Kreise, die Frage darauf kam, wie nach hartem und blutigem Kampf die Freiheit für das spanische Volk zu verwirklichen und durch Organisationen und Institutionen des Staates und der Gesellschaft zu gestalten sei, da zeigte sich Unklarheit, Unsicherheit, Uneinigkeit.

In zahlreichen Gesprächen ergaben sich die folgenden Meinungsäußerungen:

1. Nach diesen Opfern, nach diesen Kämpfen darf von dem alten Spanien nichts mehr übrig bleiben. Wir werden sie schonungslos austilgen: die Großgrundbesitzer, die Kirche und ihre Klöster. Wenn das nicht geschieht, wird die Freiheit des spanischen

Volkes immer wieder in Gefahr sein. Es versteht sich von selbst, daß diejenigen, die wir politisch und sozial beseitigen wollen, von allen freiheitlichen Rechten des spanischen Volkes für immer ausgeschlossen bleiben. Was mit den schwankenden bürgerlichen Schichten und den Intellektuellen geschieht, werden wir später entscheiden. Wir werden auch hier sieben und rücksichtslos aus Gesellschaft und Staat entfernen, was sich nicht zu uns bekennt.

2. Das spanische Proletariat, die Arbeiter und die Bauern, ist die einzige Kraft, die imstande ist, die Geschicke Spaniens in die Hand zu nehmen. Mit der Demokratie ist es zu Ende, so oder so. Geben wir den Klassenfeinden des Proletariats noch ein-

spanischen Kämpfer mit ihren französischen Gesinnungsfreunden sich in den temperamentvoll-übersprudelnden Unterhaltungen keineswegs so »politisch« ausgedrückt haben. Wenn auch jeder von ihnen unter Freiheit und unter ihrer künftigen politischen Realität in Spanien etwas anderes verstand, so waren sie bei allen Gegensätzen in dem einen Gedanken geeint, den gemeinsamen Feind zu schlagen, wo sie ihn treffen. Anarchistische Syndikalisten, Kommunisten und Sozialdemokraten bekannten sich innerhalb der Volksfront zu ihren verschiedenen ideologischen Standorten.

Aber machten sich hier nur spanische

### Friedliche Geste



mal die Möglichkeit, sich politisch zu betätigen, so bleibt die Gefahr bestehen, daß das sozialistische Spanien mit Unterstützung kapitalistischer Mächte angegriffen wird. Die gegebene und notwendige politische Form zur Sicherung der Freiheit in Spanien ist die Diktatur des Proletariats.

3. Nach dem Siege der Frente popular muß Spanien eine völlige gesellschaftliche Neuordnung im Geiste des Sozialismus durchführen, in politischer Hinsicht aber zugleich den Anschluß an die westeuropäische Demokratie, vor allem an Frankreich und seine Volksfront versuchen. Ob das noch auf der Grundlage des bisherigen Parlamentarismus nach diesem Kampfe gegen die faschistische Rebellion möglich sein wird, erscheint sehr fraglich. Wir wissen heute noch nicht, ob die große Mehrheit des spanischen Volkes noch für eine Demokratie alten Stiles votieren wird. Wird die spanische Demokratie überhaupt wieder gesichert, dann wird sie ganz andere autoritäre Kräfte entwickeln müssen als bisher. Niemals mehr darf sie die Idee der Freiheit als Sturmleiter ihrer Feinde mißbrauchen lassen. Dabei rechnen wir auf die aktive solidarische Unterstützung der sozialistischen Arbeiterschaft Europas, soweit sie noch ihre politische Bewegungsfreiheit besitzt.

Es bedarf keiner Erwähnung, daß die

Man fürchtet und spricht es offen aus, daß mit einem Erfolge des klerikal-militaristischen Militarismus Spaniens gleichgerichtete Strömungen im eigenen Lande einen neuen und gefährlichen Auftrieb erhalten würden. In einem Teil der Rechtsprelle treten diese spekulativen Hoffnungen deutlich zutage. Abenteurer wie Doriot, Zyniker wie Daudet und Maurras übersteigern ihre antidemokratisch-antisozialistischen Perspektiven, wozu unzufriedene Kleinbürger, sublimierte Intellektuelle und aufgeputschte Jugend offen und geheim Beifall spenden.

Jeder deutsche Emigrant, der seit Ausbruch des Dritten Reiches in Frankreich lebt, weiß freilich, wie schwer es trotz solcher Warnungssignale im allgemeinen ist, dem durchschnittlichen Franzosen aller sozialen Schichten aus jenem Zustande der Selbstgewißheit zu reißen, die an dem unveräußerlichen Bestand der demokratischen Freiheiten seines Vaterlandes nicht zweifelt. Die große Mehrheit des französischen Volkes, so weit es bewußt politisch denkt, sieht in der französischen Geschichtsüberlieferung, im »Individualismus«, der den französischen Bourgeois wie den französischen Sozialisten als geistige Grundstimmung beherrscht, einen uneinnehmbaren Schutzwall. »Wir sind keine Deutschen, nicht an autoritäre Befehle gewöhnt. Ein »Führer« im deutschen Stile wäre bei uns unmöglich. Außerdem ist in Frankreich weithin eine populäre, Massen hinreißende Führergestalt außerhalb der Demokratie nirgendwo sichtbar.« »C'est une autre mentalité«: wie oft hat man das in solchen Diskussionen gehört! Aber seit den spanischen Vorgängen ist eine spürbare Unruhe da. Ein bekannter französischer Sozialist sagte kürzlich: »Wir müssen die Zugbrücke hochziehen, ehe es zu spät ist.« ...

Der deutsche Sozialist, der mit dem Schicksal seines Landes verbunden blieb, hört aus dem Getöse des spanischen Bürgerkriegs noch viel mehr. Man geht mit den Kämpfern im Geiste mit, aber man bleibt von der Frage bedrückt: in welcher Gestalt wird einmal die Freiheit für Deutschland wiederkehren? Es gibt für uns keine Freiheit, die die Grundsätze der Demokratie verleugnet, wie es jetzt im unklaren Gefühlsüberschwang in den Reihen der spanischen Republikaner geschieht, denn Freiheitsidee und politische Demokratie sind für uns untrennbare Teile der gleichen Sache. Wir haben aber auch gelernt, daß es, besonders nach den Leidenserfahrungen der deutschen Diktatur, keine platte Wiederholung politischer und kultureller Lebensformen geben wird und geben kann. Die deutsche Freiheit durch Selbstschutz zu garantieren: das bedeutet, daß im kommenden freiheitlichen Deutschland manches nicht mehr so »frei« sein wird wie etwa im Deutschland von Weimar, weder in der allgemeinen Politik, noch in der Staats- und Rechtsordnung und vielleicht auch nicht einmal in der Wissenschaft, wenn sie sich weigert, der Freiheit als der höchsten menschlichen Lehre und der natürlichen Lebensform der menschlichen Gesellschaft geistigen Beistand zu leisten. Die Wirkungsmittel der Freiheit werden sich verändern müssen, damit niemals mehr ein Despot die Möglichkeit hat, sich nach der taktischen Anweisung des Führers des Dritten Reiches zu richten: »Bediene dich der vorhandenen Machtmittel, benütze die bestehenden Einrichtungen, ziehe aus alten Kraftquellen möglichst großen Nutzen.«

Gedanken an der französisch-spanischen Grenze — die deutsche liegt 1600 km weit entfernt! Wenn die Kämpfer für Spaniens Freiheit die Straßen passieren, wenn ihnen das Wort, dieses eine zündende Wort immer wieder zufliegt und hochgerissene Fäuste das Medium der Verständigung sind, dann spürt man, daß man im Anblick der Not der anderen ein Gepäck immer bei sich trägt, bis zum Uberschwang des Gefühls: den Gedanken an Deutschland. Andreas Howald.

## Verfinsterte Aussicht

Die Lebenshaltung des Arbeiters trägt die Kosten des hiterdeutschen Neo-Militarismus.

In der »Sozialen Praxis« ehemals kathedersozialistischer Grundeinstellung (Nr. 36) werden die Auswirkungen der neuen zweijährigen Dienstzeit in Deutschland auf die Wirtschaft und auf den Lebensstandard des deutschen Volkes, soweit es nicht gerade Bankdeposits unterhält und Coupons schmälern darf, besprochen. Die Warnung der »Frankfurter Zeitung«, die mammutartige Rüstungserstellung doch nun wirklich nicht als sachlich produktiv anzusehen und von ihr keine nicht-vorgetäuschte Belebung des wirtschaftlichen Blutkreislaufes zu erwarten, ist anscheinend noch nicht bis zur Redaktion der »Sozialen Praxis« gelangt, obschon sie doch geradezu wie eine explodierte Flattermine im sonst gangbaren und befohlenen Konjunktur-Optimismus des Regimes wirkte. So schwätzt denn die »Soziale Praxis« nicht anders, wie irgend ein bellebige Nazi-Blättchen, auch daher, daß nunmehr selbstverständlich »neue große Aufträge der Wirtschaft einen weiteren kräftigen Auftrieb geben« würden und daß sich dadurch, daß »das Gefühl der Sicherheit erhöht« wäre (sic!), die Konjunktur »gestützt« sähe. Bei der Niederschrift dieses zukunftsstrahlenden Elaborats scheint dann den armen Redakteur doch das große Grusel bei näherer Betrachtung des Problems gefaßt zu haben. Denn folgendermaßen endet der so hoffnungsfreudig begonnene Ausflug in die wirtschaftliche Astrologie:

»Man wird kaum einen jungen Deutschen finden, der das verlangte Opfer nicht freudig auf sich nimmt. Die übrigen Volksgenossen werden hauptsächlich die finanziellen Auswirkungen zu fühlen bekommen. Daß die Regierung bei der Verteilung der Lasten vorsichtig und unter möglicher Schonung der unteren Einkommensstufen vorzugehen gedenkt, zeigt die eben vorgenommene Erhöhung der Körperschaftsteuer. Sie trifft in erster Linie Kapitalgesellschaften, die vielfach in letzter Zeit bedeutende Gewinne gemacht haben und denen ein weiterer Wirtschaftsaufschwung besonders zugute kommen wird. Weitere Belastungen werden hinzukommen und die günstige Auswirkung der wirtschaftlichen Lage auf die allgemeine Lebenshaltung hinauschieben oder zum Teil verhindern. Das deutsche Volk wird auch dieses auf sich nehmen in dem festen Willen, sein Lebensrecht zu sichern und in dem Bewußtsein seiner friedlichen Gesinnung.«

Wie weit oder besser wie lächerlich wenig die Erhöhung der Körperschaftsteuer zum Ausgleich der Kosten für die neue übermilitaristische Manipulation des Regimes beitragen kann, hat Richard Kern in diesen Spalten bereits überzeugend klargestellt. Gerade weil sich aber Hitler im Zusammenhang mit der neuen riesigen Last, die er dem deutschen Volkskörper durch die zweijährige Dienstzeit zuschob, jenes ganz und gar und ausschließlich demagogisch gemeinte Steuerkonzept leistete, ist die Annahme allzu berechtigt, daß die wirkliche Lastenaufbringung so gut wie völlig den geduldeten Schul-

# Rassenkunde und Sterndeuterei

### „Die Wissenschaft hat sich der Astrologie genähert“

»Deutschland hat sich, wie man erfährt, in den letzten zehn Jahren die maßgebende Stellung auf dem Feld der astrologisch Interessierten und Bemühten erworben«, schreibt die »Frankfurter Zeitung« in einer Betrachtung über den Astrologenkongreß, der soeben in Düsseldorf tagte. Und so ist es denn kein Zufall, daß der neugegründete »internationale Verband wissenschaftlicher Astrologen« seinen Hauptsitz in Düsseldorf aufgeschlagen und damit den deutschen Astrologen »maßgebenden Einfluß« eingeräumt hat.

Auf diese Weise bekommt das Dritte Reich endlich Gelegenheit, eine alte Dankeschuld abzutragen. Die Heilseher und Sterndeuter waren es ja, die dem Nationalsozialismus lange vor der Macht-ergreifung in den Kreisen der geistig Armen eine gewisse Popularität verschafften. An keinem braun getönten Zeitungskiosk der Vorhitzlerjahre fehlten die Blätter mit den Tierkreisen und Planetenbildern, sie wurden weit eifriger gelesen als die Hitlerpresse selbst, und sie verkündeten dem Nationalsozialismus eine große Zukunft. Allerdings gab es auch einige Außenseiter, die hartnäckig behaupteten, von demselben Himmel seien die gegenteiligen Prophezelungen abzulesen und der blutige Untergang des Hakenkreuzes werde nicht lange auf sich warten lassen. Die Chancen dieser Propheten waren indes viel geringer, denn im antisemitischen Lager fanden sich nur ganz vereinzelte Liebhaber für derartige Schwarz-

künste. Die Ungeistigen und Leichtgläubigen, die Wundersüchtigen und Verwirrten hielten zur anderen Seite, und die nationalsozialistisch orientierten Kollegen machten Bombengeschäfte, während ihre Gegendeuter eine Pleite nach der anderen erlebten.

Zwar wurde der anerkannte nationalsozialistische Hof- und Lieblingsheilseher Hannussen von seiner undankbaren Kundschaft ermordet — es soll sich dabei weniger um Horoskope als um eine Mischung von Korruption und Homosexualität gehandelt haben, an der Herr Heines nicht unbeteiligt war — aber die anderen Sternruker fühlen sich noch heute in dem von ihnen erhofften und begünstigten Reich recht wohl. Das kam auf dem Düsseldorfer Kongreß besonders in einer Rede des »wissenschaftlichen Astrologen« Dr. Reißmann zum Ausdruck, der befriedigt feststellte, daß sich ja jetzt bei den Wissenschaften in Deutschland eine innere Umkehr vollzogen habe, »eine Abkehr vom überwippten Intellektualismus und von einem allzu krassen Ueberschätzen des Messens und Wägens« — Die nationalsozialistische »Preußische Zeitung« drückt dieses Lob zufrieden nach und enthält sich auch in ihrem übrigen, ausführlichen Bericht jeder Kritik.

Der Sternruker Reißmann meinte weiter, man könne jetzt der Astrologie ihre Berechtigung als vollzunehmende Wissenschaft nicht länger absprechen. Und um klarzumachen, daß die Rassedeu-

tere von der Sterndeuterei nicht gar weit entfernt sei, fuhr er fort:

»In der Medizin hat der neue Begriff der Konstitution tiefgreifende Umwandlungen aller Anschauungen bewirkt; in der Biologie hat man darauf verzichtet, Geheimnisse des Lebens mit dem Mikroskop entdecken zu wollen, die nicht auf materiellem Wege entdeckt werden können. Das aber heißt, daß eine ganze Reihe von Wissensgebieten, und zwar gerade diejenigen, die sich mit dem Leben und mit den Menschen selber beschäftigen, sich den Grundanschauungen der Astrologie und dem astrologischen Weltbild sehr genähert haben.«

Vielleicht hat ein oder der andere deutsche Professor, der das Erröten noch nicht verlernt hat, beim Lesen dieser Anbiederungsrede einen Schreck bekommen. Vielleicht war ein oder der andere ehrlich genug, sich zu sagen: der Kerl sagt ja die Wahrheit! Unsere sogenannte neudeutsche Wissenschaft aus Blut und Boden und Erberinnern unterscheidet sich ja kaum noch von seinem Metier. Er dient dem Aberglauben — wir tun das gleiche. Er baut sein Lehrgebäude auf Widersinnigkeiten und unbeweisbaren Behauptungen auf — wir tun das gleiche. Nur eines unterscheidet uns: er glaubt an seinen Blödsinn, wir handeln und lehren wider besseren Glauben auf Befehl unserer Brotgeber. Die Sterndeuter verlangen, so ernst genommen zu werden wie wir, die braunen Professoren. — Die Sterndeuter haben recht!

tern der breiten Masse der Werktätigen zugedacht ist. Was hätte sonst der vorangegangene Kniff, die heuchlerische Geste für einen Sinn? Das alles sieht auch die »Soziale Praxis« insgeheim über die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenerschaft des Dritten Reiches, über Kleinbürger und Kleinbauer schon hereinbrechen. Sie verbrämt es nur mit ein paar sehr dünnen, dürrigen und fadenscheinigen patriotischen Redensarten... Aber das ist ja wohl im Dritten Reich der totalen publizistischen Mondfinsternis nicht anders möglich!

### Bildungsarbeit

»Reichen Gehalt und rege Beteiligung wiesen die 86 in Ostpreußen durchgeführten wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Vorträge der NS-Kulturgemeinde auf. Um nur einige Namen der Vortragenden zu nennen: Der Vorkämpfer der nationalsozialistischen Kulturpolitik, Direktor der staatlichen Kunsthochschulen Weimar, Mitglied der Akademie der bildenden Künste und des Bauwesens, Professor Dr. Schultze-Naumburg, sprach über das Thema: »Kunst und Rasse«. Auch im kommenden Winter werden wir wieder Wolfgang Dieterwege, den

Abteilungsleiter im Reichsamt für Volksaufklärung und Sonderberichterstatte des »Völkischen Beobachters«, der über »Die Juden als Träger der internationalen Greuelpropaganda« sprach, begrüßen können. In 84 Veranstaltungen unterrichtete der Leiter des Instituts zum Studium der Freimaurerei, H. Friedrich-Hasselbacher, seine Hörer in ganz Ostpreußen über »Die Geheimnisse des Weltfreimaurertums«.

(»Preußische Zeitung« Nr. 238.)

### Unebenheiten

#### Was ist Kapitalismus?

Es bleibt immer amusant zu sehen, wie sich die Nazipresse dreht und windet, wenn sie obige Anfrage zu beantworten hat. Im Briefkasten des Königsberger Naziblattes geschieht das so:

»Solche Verhältnisse, die den Reichen immer reicher machen und den Armen immer ärmer, die die unglaublichsten Unterschiede in der Einkommensverteilung fördern und Raubbau mit der Arbeitskraft treiben, den Arbeitswert stetig senken, nennen wir Kapitalismus. Nicht das Kapital an sich ist schädlich, es kann ja auch

zum Guten angewendet werden, sondern der Mißbrauch des Kapitals, der eben Kapitalismus genannt wird. Treten Sie der NSV bei, die in die nun einmal vorhandenen Unebenheiten des menschlichen Einkommens und der menschlichen Güterverteilung wenigstens einen gewissen Ausgleich bringen will.«

Der Leser denkt an die steigenden Preise, die sinkenden Löhne, die Milliarden der Krupp, Thyssen, der Erzherzöge, der großen Hyänen des Schwerkapitals, die in Hitlerblättern immer wieder als Förderer des Vaterlandes angepriesen werden — und schüttelt über diese Unebenheiten den Kopf. Da hat sich der »Völkische Beobachter« jüngst mit einem kesseren Dreh aus der Schlinge gezogen. Er antwortete: Kapitalismus sei die Ueberschätzung von Kapitalmassen, also eine materialistische Verirrung; da die Marxisten Anbeter des Materialismus seien, so seien sie mithin die eigentlichen Vertreter des Kapitalismus.

So spaßig geht das da drüber zu, und man versteht, warum sich etliche Leser das Vergnügen machen, die braunen Blätter immer wieder mit der gleichen peinlichen Frage zum Stottern zu bringen.

## Ali Ben Konfusius

400 Zauberer sind in München zum »ersten Weltkongreß der Magier und Zauberer« eingetroffen, der vom 18. bis 21. September tagte. Als Veranstalter zeichnet der »Deutsche magische Zirkel«, eine Gruppe der »Reichsfachschaft Artistik«. Die deutsche Presse berichtet über den Kongreß in großer Aufmachung. — Wir beginnen unseren Bericht mit der Eröffnung durch den greisen Nestor der Zauberer.

Nestor der Zauberer: Meine Herrschaften, es ist mir eine Freude, daß ich unseren ersten Kongreß im klassischen Lande der Zauberei begrüßen darf. Hier kann sich der Mensch vor Magie nicht retten, hier ging in den letzten Jahren nichts mehr mit rechten Dingen zu. Hier wurden sechs Millionen Arbeitslose mit einigen Federstrichen weggehext, hier wurde mitten im rasenden Wechsel der Zeiten ein tausendjähriges Reich erzaubert, hier wurden arme Leute in reiche, Germanenführer in Schruppfarier, Christus in Wotans Sohn, Kinder in Kriegsknechte verwandelt. Aber wir wollen nichts von Politik hören, sondern von Zauberei und schwarzer Kunst. Darum wird einer unserer Obermagier aus den fernen Ländern des Euphrat uns hier durch einige echt orientalische Experimente verblüffen. Ali Ben Konfusius, treten Sie bitte hervor! (Das Orchester schmettert einen Militärmarsch.)

Ali Ben Konfusius (dunkle Toga, dunkle Kappe, dunkles Haar, ostische Mischrasse, ununterbrochen redend): Meine verehrten Freunde, ich führe Ihnen hier einige meiner unerreichten phänomenalen grands Originalgroßtricks vor. Sie sehen, ich habe

nichts in den Taschen. (Dreht sie nach außen.) Passen Sie auf... (Geht murrend umher: »Ich rette Euch vor der Anarchie, ich bin Euer Erlöser, ich lasse Milch aus Steinen fließen, ich mache Gummi aus Eichelkraut und Ia Kunstwolle aus Gras...« (Greift dabei mehrmals in die Luft.) Sehen Sie meine Taschen, Herrschaften, sie platzen bereits! (Kehrt die Taschen abermals um, Geld, Notenzettel, Schecks fallen heraus.)

Weiter Freunde, vierzehntausend Jahre Verbrechen lasten auf uns. Hier sehen Sie eins der Etablissements, in denen sie begangen wurden. (Auf dem Tisch im Hintergrund erscheint ein großes Pappgebäude.) Hier war der Hort zügelloser Freiheit. Passen Sie auf, ich verhülle mein Haupt, ich sehe nichts, ich weiß nichts, ich habe nie was gewußt, ich kann für nichts, passen Sie auf (Dunkel, Blitz, Donner, dann wieder hell, das Gebäude in lodernnden Flammen, ein Mann springt aus dem Feuer, hält ein Büchelchen in den Händen), Sehen Sie, das Etablissement der Zügellosigkeit brennt, ein Mann sprang heraus und was hat er unversehrt und unverbrannt in den Händen? Ein anarchistisches Mitgliedsbuch....

Ellen wir, Herrschaften, vierzehntausend Jahre Verbrechen wollen weggezaubert sein. Sehen Sie, hier kommen zwei strelende Männer auf die Bühne, gut angezogen der eine, schlecht hingegen der andere. Hören Sie, wie kulturlos sie streiten? Achtung! (Dunkel, dann hell, beide Männer stumm, jeder ein Vorhängeschloß vorm Munde und die Hände gefesselt.) Sehen Sie, Herrschaften, die beiden streiten nicht mehr, sie sind friedlich,

sie würden sich die Hände reichen, wenn sie nicht geknebelt wären, würden sich friedlich gegen tausendjährigste Reiche verständigen, hinderte sie das Schloß nicht. Das, Freunde, nennt man Klassenversöhnung und Volksgemeinschaft...

Die Welt strotzt von Kampf, die Welt strotzt von Streit. Das Vogelmannchen sitzt am Neustrande und wehrt mit dem Schnabel die Feinde ab. (Im Hintergrunde taucht der Friedensengel auf.) Sehen Sie hier dieses blasse, blutarme Geschöpf? Diese Unterernährung bezog es direkt aus jenem Hort anarchischer Freizügigkeit, welcher vorhin ohne mein Wissen abbrannte. Ich berühre das arme Geschöpf — was sehen Sie in meinen Händen? Schon habe ich die Goldplomben aus den Zähnen des armen Dingelchens in meine Finger gezaubert, jetzt berühre ich es abermals (Konfusius tritt zur Seite), was sehen Sie? (An Stelle des Friedensengels steht da eine martialisch-barbarische Gestalt mit Gasmaske, bis an die Zähne bewaffnet und kreischend: »Ich bin der neue Frieden — sofern Ihr mir untertan seid! Ich bin das friedlichste Geschöpf — sofern ich nicht gereizt werde! Ich will den Frieden der ganzen Welt — ausgenommen einige Länder, die jedem Friedlichen längst ein Dorn im Auge sind!« — (Dunkel. Hell. Die Erscheinung ist verschwunden.)

Und nun, erscheine Du, mein Paladin Fridolin. (Im Hintergrunde der Bühne steht ein Uniformierter, salutiert, knallt die Haken zusammen: »Heil Konfusius, Deine Fridoline hören.«) Sehen Sie meine Herrschaften das kleine Auto hier in meiner Hand? Es

gehört einem namenlosen Besitzer. Jetzt streiche ich mit der Hand durch die Lüfte, das Auto ist verschwunden. Wo ist es, mein Freund Fridolin? (Fridolin zieht das Auto aus seiner Tasche. Konfusius führt ihn in den Vordergrund, bringt unglaubliche Schätze aus Fridolins Taschen: Aktienpakete, Geld in Mengen, kleine Rittergüter, Banknotenbündel.) O Wunder, Freunde! Arm und mit leeren Taschen, wie ich, kam er auf die Bühne, — in einen Millionär verwandelte ihn meine Kunst.

Und nun, mein Paladin, plügere durch die Reihen des Publikums und zeig, was wir können. (Fridolin streicht durch die Zuschauerreihen, macht gelegentlich Halt, klopft da und dort einem auf die Schulter, schlendert wieder zur Bühne.) Jetzt, Herrschaften, betasten Sie sich. Fehlt Ihnen nichts? (Rufe: Meine Uhr! — Meine Brillantnadel! — Meine Börse! — Mein Portefeuille! — Mein ganzes Vermögen! — Meine letzten Spargroschen!) Achtung, Herrschaften, keine Bange, alles ist in Fridolins Taschen. (Bringt wiederum einen Berg von Schätzen aus Fridolins Uniform.)

Kommen wir zum Schluß, Freunde. Wollen Sie mir und meinem Paladin diese Schätze schenken? Ich mache eine Handbewegung — und schon flattern Stimmzetteln vom Plafond. Nehmen Sie einen Bleistift und notieren Sie auf je einen Zettel die Antwort auf meine Frage, schreiben Sie ja oder nein. Wiederum verhülle ich mein Haupt (schlägt den Mantel über den Kopf), Fridolin aber wird die Zettel sammeln. (Der Uniformierte geht mit einem Zylinder durch die Zuschauerreihen, die ihre Taschen krampfhaft bewa-

## Deutscher Stoßseufzer

Lieber Gott, laß mich wieder endlich human werden!

In Berlin ist aus der Feder von Elisabeth Meyn von Westerholz dieser Tag ein Buch erschienen mit dem Titel »Der Allgemeine Deutsche Lehrerinnenverein in der Geschichte der Deutschen Mädchenschulbildung«. Der Verein, der sich gleich zu Anfang der Hitlerzeit radikal und devotest gleichgeschaltet hat, obwohl er einmal eine Helene Lange zu seiner Führerin und eine Gertrud Blümer zur prominentesten Mitarbeiterin zählte, feiert nämlich sein dreißigjähriges Bestandesjubiläum.

Elisabeth Meyn von Westerholz, die Vereinshistoriographin, bekennt sich in diesem ihren Buch zu der unerhörten ketzlerischen Ansicht — wir zitieren wörtlich —:

»daß die Humanität immer eine Zeit lang der spartanischen Kraftbildung weichen müssen, wie der Reichtum und die Freiheit individueller Gestaltung der Wucht und Macht eines geschlossenen Volkes. Uns will es scheinen, als ob nach Jahren herben Kampfes die Menschlichkeit nach dem Urbild der Mütterlichkeit von neuem Achtung und Geltung unter uns gewinnen sollte.«

Also hat man die Menschlichkeit und das Vorbild der Mütterlichkeit einmal preisgegeben — das Eingeständnis allein ist schon interessant genug! Fragt sich nur, was der Göbbels dazu zu sagen hat...

Zum tausendjährigen Bestandesanspruch des Nationalsozialismus scheint uns allerdings dieses päter peccavi der deutschen Erzieherinnen nicht ganz zu passen, wenn man jetzt schon, nach gerade dreieinhalb Jahren, die Nase so voll von ihm hat.

## Kühne, gefaßte Mörder . . .

Der »Fortschritte« seit dem Mittelalter. Im »Westdeutschen Beobachter« liest man in einer Schilderung mittelalterlicher Gottesgerichte folgenden Passus:

»Schon aus der Nibelungen Sage ist uns das Bahrrecht bekannt, eine erschütternde Art von Gottesgericht, das über den des Mordes Verdächtigen abgehalten wurde. Er mußte an die Leiche herantreten, sie berühren und dabei in einer Formel seine Unschuld beteuern. Kam er dabei ins Stottern oder wechselte er die Farbe, oder veränderte sich gar das Aussehen des Leichnams, dann war er dem Henker verfallen, wenn noch so vieles für seine Unschuld sprach. Kühne, gefaßte Verbrecher schritten bei diesem Schauspiel natürlich am besten ab.

Eine Welt trennt uns heute von diesen menschenmordenden Ausgeburteten einer epidemischen Geistesströmung, von der auch politisch keine Volkserneuerung zu erhoffen war.«

Wirklich: eine »Welt«? Die Volkserneuerung des Dritten Reiches hat bewiesen, daß der Phantasiereduktion zur Vernichtung menschlicher Existenzen über die mittelalterlichen Maßstäbe hinaus nicht unerheblich erweiterungsfähig ist. Kühne, gefaßte Verbrecher schneiden heute vor den Leichen ihrer Opfer zweifellos noch viel besser ab als ihre Vorläufer. Sie haben die Möglichkeit, Morde unter dem heilen Jubel

# Professors Schwanengesang

## E. Brandenburg, der letzte Nationalliberale

In der »Historischen Vierteljahresschrift« (letzte Ausgabe) befindet sich die folgende »Erklärung« des Herausgebers:

»Ein in Luzern erscheinendes Emigrantenorgan, genannt die »Deutschen Briefe«, hat die Behauptung verbreitet, daß ein früherer Versuch Walter Franks, sich in Leipzig zu habilitieren, gescheitert sei, und läßt durchblicken, daß die bevorstehende Auflösung der »Historischen Vierteljahresschrift« die Rache Walter Franks an mir darstelle.

Diese Behauptung ist völlig unwahr.

Walter Frank hat niemals den Versuch gemacht, sich in Leipzig zu habilitieren, und ich habe niemals versucht, ihn an einer Habilitation zu hindern. Professor Frank ist mir bis zum heutigen Tage unbekannt.

Was die »Historische Vierteljahresschrift« angeht, so ist ihre Vereinigung mit der »Historischen Zeitschrift« von seiten des Reichswissenschaftsministeriums angeordnet worden, und zwar aus dem sachlichen Grund, weil man dort ein großes Zentralorgan der deutschen Geschichtswissenschaft für praktisch zweckmäßig hielt. Die Verhandlungen darüber haben aber bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Der Vorschlag des Reichswissenschaftsministeriums war verbunden mit der Einladung an mich, mich an der von Karl A. von Müller übernommenen »Historischen Zeitschrift« als Mitarbeiter zu beteiligen.

Die Versuche rechtsfeindlicher Zeitungen, die Verhandlungen über diese Frage durch Ausstreuen von Lügen und Verleumdungen zu vergiften, werden an dem Geist

gegenseitiger Achtung und gemeinsamer deutscher Gesinnung, welche beide Verhandlungsteile beseitigt, scheitern.

Erich Brandenburg.

Man müßte schon sehr stumpfe Sinne haben, um nicht herauszufühlen, daß da wieder ein echtes deutsches Professoren-Trauerspielchen hitler-epochaler Fassung sich abspielt.

Der Delinquent ist Herr Erich Brandenburg, den jetzt der Herr »Reichswissenschaftsminister« unter Kuratel stellen will — ein Plan, gegen den zwischen den Zellen zu remonstrieren und eventuelle Hilfe von auswärts (etwa gar von Herrn Seeckt oder Fritsch?) zu reklamieren wohl auch der Zweck, wahrscheinlich sogar der Hauptzweck dieser »Erklärung« sein dürfte...

In Leipzig war Herr Brandenburg das letzte akademische Petrefakt des Nationalliberalismus gloriosester Angedenkens!

So lange Karl Lamprecht noch am gleichen Ort wirkte und lehrte, der immerhin noch die starke Begabung für sich sprechen lassen durfte, blieb Brandenburg im Hintergrund. Aber dann kam der Krieg! Für Leute à la Brandenburg war nun große Konjunktur, wie nie zuvor! Als Manager und Einpeitscher der berüchtigten »Vaterlandspartei«, der Deutschland zwei volle Drittel der Schuld an seiner Niederlage und drei Drittel der Schuld am Versailler »Schmach-

frieden« verdankt, sprang der Herr Professor zur Zeit der Debatte über den »Verschärften U-Bootkrieg« mit beiden Gelehrtenbeinen auf einmal in die hohe Politik...

Aber er wäre eben kein Nationalliberaler von ganzem Schrot und Korn gewesen, wenn er nicht nachher, in der Republik nämlich, dennoch wieder den berühmten »Boden der Tatsachen« unter dem Sitzfleisch erwischte hätte. Sie bestand noch keine drei Jahre, diese geduldige Republik, und Herr Brandenburg trug seine Bestallung zum historischen Offiziosus von Weimars Gnaden in der Tasche: man vertraute ihm die diplomatischen Vorkriegsakte, das Archiv des Auswärtigen Amtes an. Herr Brandenburg, der neuen Aufgabe unverzagt ins Auge sehend, wußte es jetzt zu fügen, daß seinem früheren »einerseits« der natürlich völligen Unschuld Deutschlands am Kriegsausbruch jetzt ein — zwar nicht ganz so lautes — andererseits »schöder« kaiserlicher Randbemerkungen, Bülowischer Hasardimprovisationen, Tirpitzscher Explosiv-Insinuationen folgte. Nur so konnte es dann freilich, nur durch ein widriges Geschick, passieren, daß ein Mann wie Brandenburg den rechtzeitigen Anschluß ans Dritte Reich eigentlich verpaßte.

Was Franz Seldte in der vaterländischen Praxis wurde, wurde Herr Erich Brandenburg in der vaterländischen Theorie: erschlagen von den Geistern, die er selbst gerufen hat!

H. E.

ihrer Anhänger für »rechts« zu erklären, freilich nicht in einer »epidemischen Geistesströmung«, sondern ausgerüstet mit allen Machtmitteln moderner rationalisierter Technik.

## Der Benzin-B'ubo Hühneins Erzählungen.

Korpsführer Hühneins ist zum Ehrenführer der Motor-Hitlerjugend — auch das gibt es im Hinblick auf die Schulung für den Ernstfall! — unter vielen Beglückwünschungen und Danksagungen ernannt worden. Der also Ausgezeichnete hielt eine Ansprache und sagte:

»Ich stehe zur Jugend, so fuhr er fort, ihr gehört mein Herz. Auch bei dieser Gelegenheit will ich betonen, daß ich in der motorsportlichen Schulung nicht etwa nur ein technisches Problem erblicke, sondern vor allem die Möglichkeit, der Jugend gesteigerte geistige und sittliche Kräfte zu geben. So wird es immer mein Bestreben sein, die inneren Herzens- und Gemütskräfte der deutschen Jugend zu wecken und zu lösen.«

Wenn der Motor knattert, wenn das Gas pufft, wenn das Öl stinkt, dann werden die geistig-sittlichen Kräfte der motorisierten Hitlerjugend endlich aus den Niederungen des einfachen Fußmarschlebens befreit. Jede

Dreckwolke ins Gesicht ordinärer Straßenpassanten entzündet frische Herzens- und Gemütskräfte und steigert das Bewußtsein der Volksgemeinschaft.

## Der überragende Gesichtspunkt

In der »sozialpolitischen« Zeitschrift der Hitlerjugend — »Das junge Deutschland« — veröffentlicht der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, einen Aufsatz, in dem er bekennt:

»Es unterliege keinem Zweifel, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht den Mangel an Facharbeitern verstärkt habe, und es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß die Verlängerung der Dienstzeit auf zwei Jahre in gleicher Richtung wirken werde. Andererseits sei die Wehrhaftmachung ein überragender Gesichtspunkt, der alle Wünsche des Arbeitseinsatzes zum Schweigen bringen müsse.«

Gerade im Kriegsfall könnten die »Wünsche des Arbeitseinsatzes« allerdings peinlich laut werden. Aber wenn Blomberg das nicht kapiert — was geht's den Syrup an?

## »Verwirrend« Ein leises Gemecker

»Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß jeder, der nach einer ge-

glückten Revolution einen neu geschaffenen Zustand mit allen Mitteln festhalten möchte, weil er ihn gefördert, ihm Annehmlichkeiten gebracht hat, auch wenn er sich noch so oft »revolutionär« nennt, auf die Dauer zum verkalkten Konservativen werden kann und obendrein in die Gefahr gerät, andere, die im Gegensatz zu ihm die logische gesunde und organische Entwicklung im Staate weiter fördern wollen, womöglich als »reaktionäre« zu verdächtigen.

Eine solche Begriffsverwirrung könnte nur schaden, denn sie käme dem Zyniker, dem geschickten Jongleur mit Massenschlagworten am meisten zugute. Dann fehlte nur noch, daß eine verwirrende Auslegung des Begriffes »Führer« der öffentlichen Meinung eingespritzt würde, die die kraftvolle Persönlichkeit mit dem »Inhaber der äußeren Machtmittel« verwechselte! (»Deutsche Wochenschau«)

## Ein Orden mehr

Der Reichsnährstand hat eine Kartoffelkäfer-Ehrennadel herstellen lassen, die jedem verliehen wird, der auf einem Kartoffelfelde den ersten Käfer, die erste Larve oder das erste Ei gelegt findet.

Deutsche Pressemeldung.

chen. Steigt mit gefülltem Zylinder wieder zur Bühne. Konfusius taucht aus dem Mantel empor.) Merken Sie auf, Herrschaften. Ich fasse den Zylinder, ich blase hinein, ich stülpe die Zettel in einen zweiten Zylinder, ich schütte sie wieder in den ersten zurück — und nun, Herrschaften, wieviele von Ihnen schreiben nein? (Alle Hände fliegen hoch. Konfusius sieht erstaunt in die Runde.) Sie leiden an Gedächtnisschwund, meine Freunde. Nahezu alle Zettel lauten auf ja. (Wirft die Zettel ins Publikum.) Ja, überall ja. Selten nur ein Nein. Keine 3 Prozent nein! (Donner, Blitz, Konfusius und Fridolin sind verschwunden. Dafür steht der Nestor wieder oben.)

Nestor der Zauberer: Nach den vorzüglichsten Produktionen unseres teuren All Ben Konfusius kommen die diabolischen Bluffs unseres Kollegen Josefus Abrakadabra, der uns zeigen wird, wie ein Füllfederhalter auf Kommando alles schreibt, das Josefus ihm zuraunt, und wie — — —

Verzweifelte Stimmen aus dem Publikum: Und unsere Börsen? — Mein Portefeuille? — Meine letzten Spargroschen? — Die Schätze, die Fridolin aus unseren Taschen auf die Bühne schleppte? Wo sind sie?

Nestor der Zauberer: Das, meine Herrschaften, dürfte dem großen Experiment geweiht sein. Denn All Ben Konfusius ist auch insofern ein ungewöhnlicher Zauberer, als das Weggezauberte in die Taschen seiner Besitzer nie zurückkehrt. (Gemecker des Publikums verschlingt die weiteren Worte.)

Bruno Brandy.

## Der vergebliche Kampf

Kommt dem Meckerer zart entgegen . . .

Das SS-Organ fordert eine humanere Verfolgung der Miesmacherei, Nörgelei und Gerüchtmacherei habe es immer gegeben und man solle dagegen mehr Humor aufbringen, statt Staatsaktionen einzuleiten:

»Man sollte einmal eine genaue Statistik darüber machen, wieviel Anklagen auf Grund von Denunziation und persönlicher Rachsucht zustande kommen. Irgend jemand erzählt am Skattisch — nur um mit seiner Kenntnis zu prunken — einen nicht ganz sauberen politischen Witz. Alle nehmen es ohne Widerspruch zur Kenntnis. Nachher entsteht darüber, wer die Runde zu bezahlen hat oder aus sonst einem persönlichen Anlaß ein Streit; und nun wird dem anderen »eins ausgewischt«. Schon ist der »Staatsfeind« fertig. Die Nachfrage bei der Polizei vor Erhebung der Anklage will der betreffende Beamte natürlich so beantworten, daß nicht der Eindruck entsteht, als habe er nichts gemerkt. Also steht in dem Bericht — es handelt sich etwa um einen Bauarbeiter —: »war bis zum Jahre 1933 in marxistischer Gewerkschaft organisiert und gilt als nicht ganz zuverlässig.« (Welcher Bauarbeiter war denn bis zum Jahre 1933 nicht freigeberkschaftlich organisiert?) Der Witz war nun wirklich nicht ganz einwandfrei. Und schon nimmt das Geschick seinen Gang.«

In solchen Fällen müßten alle Beteiligten darauf hinwirken, daß nicht die ganze Schärfe des Gesetzes zur Anwendung gelangt. Denn:

»Es wird durch zu scharfe Verfolgung mehr geschadet als genutzt, denn bei harter Strafe wird der Sünder nur verstockt, der ganze Verwandten- und Bekanntenkreis mitbeeinflusst und schließlich wirklich ein Staatsfeind

daraus, während es sich bisher nur um eine dumme Äußerung gehandelt hat. Ein kleiner Denkzettel in Form einer Geldstrafe wirkt viel erzieherischer.«

Wo es sich aber um »einen allgemein verbreiteten Unsinn« handle, da sei das beste Mittel nicht die Strafe, sondern die Aufklärung:

»Und hier sitzt der Kern des Problems. Wir wollen nie vergessen, daß der Nationalsozialismus im letzten Volksgenossen verankert werden muß.«

Schenken wir ihnen auch diese »Verankerung«, sie gehört nun einmal zum Hitlerschen Kauderwelsch, fragen wir lediglich, warum es ausgerechnet das »Schwarze Korps« plötzlich mit der Milde zu tun kriegt! Noch vor einem Jahre konnte man in denselben Spalten ganz andere Töne gegen die »Miesmacherei« lesen. Aber inzwischen ist die Meckerei beträchtlich gewachsen und man muß die meisten Meckereien laufen lassen, weil sie sich in Form und Inhalt dem Terrain zu sehr angepaßt haben. Man weiß mit den Massendenunziationen nicht mehr viel anzufangen, sie nehmen vor Gericht zu breiten Raum ein, indes die Meckerei weiter blüht und gedeiht. Darum macht die SS-Zeitung aus der braunen Not eine Tugend, kokettiert plötzlich mit der Humanität und fordert andere Methoden. Die »Miesmacherei« hat einen Sieg erfochten.

## Heinzes Pläsiermuse Ein neudeutscher Kulturspiegel.

Heinz Steguweit, einer der All-obersten in der braunen Schreibergarnitur, ist Feuilletonleiter des »Westdeutschen Beobachters«. Hier hat er eine Rubrik einge-

richtet: Kulturelle Miniaturen. Lesen wir, was der wiederholt Preisgekrönte unter »Kulture« versteht:

Rheinischer Wandteller  
»Wer das Kössen im Dunkeln versteht,  
Der pfeift auf Gas und Elektrizität!«

Vom Moselwein  
»Und wenn ein junges Ehepaar  
Sehnsüchtig harret des Erben,  
Die Hoffnung stets vergeblich war,  
Vor Kummer möchte sterben;  
Trink Moselwein, das nützt und  
frommt!

Probatum est — Der Erbe kommt.«

Höfliche Bitte

Man wolle die Bezeichnung »Maitre de plaisir« für einen unterhaltenden Gesellschaftslohn doch abschaffen. Für seine Ehefrau ist es nämlich kein Vergnügen, logischerweise dadurch zur »Maitresse de plaisir« zu werden.

Durch diese Auswahl, die, wie es stets am Ende heißt, »im übrigen fortgesetzt« wird, wird bestätigt, was wir längst wußten: daß für Heinz Steguweit die deutsche Literatur eine Maitresse de plaisir ist. Sie gibt sich diesem Löwen des Geistes willig hin und er verdient dabei nicht schlecht.

## So lange ewig, als . . .

Auf der Sondertagung des NS-Studentenbundes in Nürnberg sagte Göbbels:

»Es hängt von der Lösung dieser Nachwuchsfrage die Erhaltung der Idee ab, denn Ideen währen nur ewig durch die Menschen, die sie vertreten, und darum wird die nationalsozialistische Idee so lange ewig sein, als es Nationalsozialisten gibt.«

Die Ewigkeit des Herrn Propagandaministers hat also immerhin ihre Grenzen.

# Alltag im Buchdruckgewerbe

## Rätselhafte Staatskonjunktur — Drohender Zusammenbruch

Der Hauptschlager des Nürnberger Parteitags war wiederum ein Vierjahresplan, der sich im Wesen von seinem Vorgänger kaum unterscheidet. Erst hieß es Arbeitsbeschaffungsplan und diesmal soll durch die Schaffung der Ersatzrohstoff-Industrien ebenfalls für die bald freiwerdenden Arbeitskräfte aus der Rüstungsproduktion Beschäftigung geschaffen werden. Zur Begründung der Rohstoffschlachtschreibt die Arbeitsfront:

»Dazu zwingt uns die Tatsache, daß eine wesentliche Steigerung des Bodenertrags nicht möglich und eine wesentliche Steigerung des Exports in absehbarer Zeit kaum möglich ist.«

Der Glaube, durch eigene Ersatz-Rohstoff-erzeugung genügend neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, wird bereits unmittelbar nach dem Parteitag von dem Reichswirtschaftsminister Schacht selbst erheblich erschüttert. Der ihm nahe stehende »Deutsche Volkswirt« stellt fest, daß große »technische Schwierigkeiten« für die Durchführung des Programms bestehen, weil es an den dazu nötigen Rohstoffen und Kapitalien mangelt.

Der alte und der neue Vierjahresplan zeigen dasselbe Experiment. Ohne an den kapitalistischen Grundlagen der deutschen Wirtschaft rütteln zu dürfen, soll der kapitalistische Konjunkturhythmus durch einen Vierjahresrhythmus der künstlichen Staatskonjunktur abgelöst werden. Die Nazipresse kommentiert, »eine Konjunktur lebt nur vom Willen des Staates, also immer.« Merkwürdig bleibt nur, daß die Männer vom »deutschen Sozialismus« den Staatswillen sofort wieder an das Profitsystem des Kapitalismus anpassen, wenn es sich um den Lohn handelt. Die sog. Lohnstabilisierung wurde bereits im ersten Vierjahresplan peinlich durchgehalten. Seit Nürnberg 1936 ist jede Steigerung der Reallohne in unabsehbare Ferne gerückt. Dem Unternehmertum wird durch »politischen Befehl« eine Binnenkonjunktur verabreicht, für den Lohnarbeiter dagegen gelten weiter die privatkapitalistischen Wirtschaftsgesetze von den Gestehungskosten.

Die sog. Wirtschaftsbelebung reicht auch nicht weiter, als der Arm dieser Staatskonjunktur. Gewerbe, die nicht mit Rüstungswechseln beglückt werden können, stehen außerhalb der Vierjahrespläne. So zeigen die sehr spärlichen Berichte der Reichsbetriebsgemeinschaft für das Buchdruckgewerbe bei aller Vorsicht der Formulierung einen ständigen Niedergang. Der »Korrespondent« schreibt im August vor-

»Im allgemeinen lassen die Berichte für das graphische Gewerbe nach den ersten Monaten des Jahres eine gewisse Stockung erkennen.«

»Im Berliner Buchdruckgewerbe war der Auftragsgang mäßig, teilweise sogar abnehmend. Auch die Lage der sächsischen Druckereien war nicht günstig... Die Betriebe waren, nach wie vor, nur zu etwa 45 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt.«

Die September-Ausgabe teilt mit, daß für Berlin die Arbeitstage Gelegenheit infolge der Olympiade vorübergehend günstiger gewesen ist. Dagegen waren nach dem Bericht der Reichsarbeitslosenanstalt am 31. Juli 1936 noch 17.349 Arbeitslose vorhanden.

»In Pommern blieb die Lage ungünstig... in der Nordmark war es in den Sommermonaten ruhig... Auch in Niedersachsen kam es nur vereinzelt zu Neuinstellungen. Im Rheinland trat keine wesentliche Veränderung ein. Ebenso war der Geschäftsgang in Hessen still. In Mitteldeutschland ergaben sich bei sonst ruhiger Lage vereinzelt Vermittlungen.«

Auch die weiteren Berichte reden von »schwankende«, »wenig verändert«, »geringe Entlastung« usw. Allgemein wird schließlich über »gewisse Schattenseiten« im Gewerbe geschrieben:

»Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, daß die Betriebsführer unter Beibehaltung eines bestimmten Stammes von Gefolgschaftsmitgliedern nur zur Bewältigung von Stoßaufträgen Arbeitskräfte einstellen. Nach Beendigung der Stoßaufträge werden diese Kräfte arbeitslos. Das bedeutet die Verlängerung der Arbeitslosigkeit ins unendliche und gleichzeitig die Degradierung einer hochstehenden Arbeiterschaft zu Gelegenheitsarbeitern.«

So sieht der Alltag in einem Gewerbe aus, daß außerhalb der staatlichen Rüstungskonjunktur liegt.

Die Buchdrucker untersuchen in ihrem Fachblatt auch die »Schönheit der Arbeit«. Da Papier eine besonders saubere Angelegenheit ist, müßten die Papierfabriken Musterbetriebe sein.

»Leider aber fanden wir die wünschenswerten Verhältnisse nicht an der Saale (der Betrieb liegt in Halle), sondern nur einen verbindlich lächelnden Betriebs-

führer, der zum Beispiel zwei Handtücher, ebensoviel Wäschebelegungen und für 150 Frauen 4 Toiletten für durchaus in Ordnung findet. Das ist wohl gemerkt für die Gefolgschaft, während auf der anderen Seite, der des Betriebsführers 1 Handtuch, 1 Waschbecken und 1 Toilette ebenfalls durchaus in Ordnung gehen.«

Das ist die viel gerühmte »soziale Ehrenpflicht« der Nazi-Betriebsführer. In Nürnberg wurde erklärt:

»In unserem Reich gibt es keine Arbeitgeber und keine Arbeitnehmer mehr, wir kennen nur noch Arbeitsbeauftragte.«

Die Berichte aus den Einzelgewerben geben ferner Auskunft, wie sich sozialpolitisch der Besitzwechsel der Betriebe im Dritten Reich vollzieht, der durch die gewaltsame Entfernung jüdischer Inhaber besonders häufig geworden ist. Man müßte annehmen, daß reinrassige nordische Betriebsführer ihren ganzen Ehrgeiz darein setzen, vorbildliche freiwillige soziale Leistungen und den echten »Leistungslohn« einzuführen. Aber auch hier dürfen von den Nürnberger Festtagen keine Folgerungen auf den grauen Alltag gezogen werden. Natürlich bringt der arische Neuling sofort eine neue Betriebsordnung, aber die Freude darüber, wird, wie der »Korrespondent« schreibt, gründlich versalzen, wenn die Gefolgschaft erfahren muß,

»daß mit der Einführung der neuen Betriebsordnung auch »neuer Anfang« für die Entlohnung gemacht werden soll. Der »neue Anfang« bedeutet, daß die Löhne auf den Tarifmindestlohn herabgesetzt werden. Gefolgschaftsmitglieder, die 10, 15 Jahre lang im Betriebe, am gleichen Arbeitsplatz, den sie auch beim neuen Betriebsführer beibehalten, tätig sind und die sich durch Treue und Leistung den Leistungslohn erworben haben, sollen bei gleichbleibenden Anforderungen diesen Leistungszuschlag zum Mindestlohn verlieren. Das bedeutet nicht mehr

und nicht weniger, als einen Einkommensverlust für die einzelnen von 100 bis 400 RM. Wir können durchaus verstehen, wenn die Gefolgschaft über diesen »neuen Anfang« alles andere als erfreut ist.«

In Nürnberg wurde versichert: Die letzten Reste liberalistischen Denkens sind ausgerottet worden. Für die Bewunderer von Nürnberg, die sich etwa vom zweiten Vierjahresplan mehr versprechen sollten, als vom ersten, seien noch einige Bilanzzahlen beigefügt, die wir gleichfalls dem »Korrespondent« entnehmen.

Die Stuttgarter Vereinsdruckerei verzeichnet einen Verlust von 17.778 RM, der Verlag »Germania« in Berlin hat nach Abschreibung der alten Schulden in Höhe von 110.000 RM einen Neuverlust von 42.900 RM erlitten. Der Gesamtverlust wird in der neuen Bilanz mit 103.626 RM angegeben. Die Deutsche Zentraldruckerei in Berlin hatte einen Verlust von 55.000 RM.

Die außerhalb der Rüstungsproduktion stehenden Gewerbe geben heute bereits ein Bild von der Wirklichkeit der Wirtschaft im Dritten Reich, die Rüstungsbetriebe haben das gleiche Schicksal zu erwarten, wenn der Bedarf der Wehrmacht befriedigt sein wird und das Gespenst der Arbeitslosigkeit sein Unheil verbreitet. Der Vierjahresrhythmus, in dem die Pläne zu Papier gebracht werden, ist zwar ein williges Objekt für den Nazi-Rundfunk, aber er beschleunigt den wirtschaftlichen Niedergang. Beim ersten Vierjahresplan konnten seine Erfinder noch hoffen, die von der Republik übernommene Wirtschaft notdürftig zu erhalten, beim neuen Vierjahresplan geht es, wie die Nürnberger Proklamation besagt, um »Sein oder Nichtsein«. Das Dritte Reich soll vor dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet werden, das ist das Rätsel des Parteitags von Nürnberg und nicht das einzige.

## Kurzberichte über Deutschland

Die Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft hat angeordnet, daß vom 31. August bis zum 21. September 1936 die gewerbliche Herstellung von Rohwurst, ausgenommen Streichmettwurst nach Braunschweiger Art und das Pökeln und Spritzen von Schweineschinken unterbleibt.

So was hats in Deutschland nur in jenen »herrlichen Zeiten« gegeben, in die einst Wilhelm II. das Volk hineingeführt hat! Die Nazis sind gezwungen ihre Kriegswirtschaft schon vorher zur Einführung zu bringen.

Die Zahl der Betriebsunfälle im deutschen Einzelhandel hat in den letzten Jahren eine beträchtliche Vermehrung erfahren. Sie betrug im:

	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr
1933	6503	5890
1934	6760	6707
1935	7689	7407
1936	8415	7957

Im Jahre 1932 hatte die Zahl der Betriebsunfälle 26.095 betragen. 1935 war sie auf 32.434 gestiegen.

Im Kreis Jerichow II werden die Frauen und älteren Kinder von Familien, die Erwerbslosen- oder andere Unterstützung beziehen, zwangsweise an die Bauern zur Verrichtung von Landarbeit verschoben. »Frauen, die zu schwereren Arbeiten nicht herangezogen werden können, finden im Haushalt oder für Arbeiten auf den Höfen Verwendung.« Die Aktion soll noch ausgebaut werden. So sollen bei der Kartoffelernte, die armen unterernährten Kinder zum Kartoffelroden herangezogen werden. — Frondienste und Ferienraub an Kindern, das ist die Sozialfürsorge der Nationalsozialisten!

## Behutsam angewandte Phrase

»Es läßt sich nicht leugnen, die Verwendung der Worte liberal, liberalistisch, Liberalismus wird in steigendem Maße als phrasenhaft empfunden. Sie stehen in Gefahr, die Symbolkraft zu verlieren... Soll der Ausdruck den Zweck erfüllen, in dem Angeredeten eine Vorstellung zu erwecken, die ihn befähigt, das Gemeine überall dort auch wirklich zu erkennen, wo es ihm im Leben entgegentritt, so wird man ihn behutsamer anwenden müssen, als es bislang geschieht. Es wird gut sein, ihn so oft als möglich durch deutsche Worte zu ersetzen. Anstatt z. B. von einer liberalen Pädagogik zu sprechen, sollte man sich jedesmal die Mühe machen, das gerade Gemeine deutsch zu bezeichnen, also etwa einer wertfreien, ordnungsfeindlichen, zucht- und haltungslosen, zerfahrenen, unorganischen oder abstrakt geistigen Erziehung reden.«

(»Wille und Macht«)

## Verlagsanstalt »GRAPHIA« Karlsbad

### Dei neue Bücher:

FRIEDRICH STAMPFER  
DIE 14 JAHRE

DER ERSTEN DEUTSCHEN REPUBLIK

640 Seiten, Großformat. Für die CSR kartoniert: Kc 80.—, Leinen: Kc 105.—, England: £ —16.8 (Leinen £ —19.3), Dänemark: Kr. 16.50, (21.60), Holland: hfl. 5.50 (7.—), Polen: Zl. 20.— (25.50), Schweiz: Fr. 11.25 (14.80), USA \$ 3.65 (4.80) und für andere Länder in entsprechender Umrechnung.

Friedrich Stampfer war als Chefredakteur des Berliner »Vorwärts« (1916 bis 1933), als Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Sozialdemokratischen Parteivorstandes an allen Kämpfen beteiligt, die die erste Deutsche Republik, von ihrer Entstehung bis zu ihrem Sturz nach innen und nach außen zu führen hatte. Sein inhaltsreiches Buch ist erlebte Geschichte. Keines der zur Rechtfertigung geschriebenen Memorenwerke, sondern ein gewissenhafter Tatsachenbericht, der ausführlichste und tiefgehendste, über die in jeder Hitlerrede geschmähten und doch so bedeutungsvollen »VIERZEHN JAHRE«. In einem kurzen Vorwort bekennt sich Stampfer zur vollen Mitverantwortung gegenüber allen Vorwürfen, die von Freund und Feind gegen die sogenannten »Schuldigen« am Fall der Deutschen Republik erhoben werden. Im übrigen drängt er dem Leser seine Meinung nicht auf. Er liefert ihm die Grundlagen zur Bildung eines eigenen Urteils. Ein ausführliches Personen- und Sachregister machen das Buch zum unentbehrlichen Hand- und Nachschlagewerk der Deutschen Geschichte bis 1933.

ALEXANDER STEIN:  
ADOLF HITLER.

SCHÜLER DER »WEISEN VON ZION«

120 Seiten, Broschiert für die CSR: Kc 18.—, England: £ —3.3, Holland: hfl. 1.20, Polen: Zl. 4.40, Schweiz: Fr. 2.50, USA: \$ —8.0.

Das Thema dieser Schrift ist nicht etwa künstlich konstruiert. Durch Gegenüberstellung der wichtigsten programmatischen Erklärungen Hitlers und Rosenbergs mit den politischen Rezepten in den legendären »Protokollen der Weisen von Zion« wird tatsächlich der Beweis erbracht, daß diese mit Theorie und Praxis des Nationalsozialismus übereinstimmen und durchgeführt werden. Die erste quellenkritische Untersuchung, die das Weltbild Hitlers, die Methoden seiner Politik und die Ursachen seines Erfolges aufdeckt und erkennen läßt, was von ihm und dem Nationalsozialismus an Ueberraschungen noch zu erwarten ist.

GREGOR BIENSTOCK: :

EUROPA UND DIE WELTPOLITIK  
DIE ZONEN DER KRIEGSGEFAHR

84 Seiten, mit vier Kartenakzissen. Für die CSR brosch.: Kc 15.—, England: £ —2.9, Holland: hfl. 1.—, Polen: Zl. 3.65, Schweiz: Fr. 2.10, USA: \$ —7.0.

Gregor Bienstock entwickelt hier sehr klar und übersichtlich die Kernprobleme der heutigen Weltpolitik. Jedermann, der Anteil nimmt an dem Weltgeschehen, das heute oder morgen sein eigenes Schicksal werden kann, braucht einen Führer durch das Labyrinth der Außenpolitik: Hier findet er ihn.

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.84), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.